

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

53. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 3 · 12. April 2022

## Aktuelle Stunden

Im März und April haben sich die Abgeordneten mit zahlreichen Themen befasst. In Aktuellen Stunden ging es um steigende Lebensmittel- und Energiepreise, die Kommunen und häusliche Gewalt. S. 6-14

## Kinderschutz

Der Landtag hat das Kinderschutzgesetz verabschiedet. Es ist eine Reaktion u. a. auf die Missbrauchsfälle von Lügde und Bergisch Gladbach. Zuvor hatten sich Sachverständige dazu geäußert. S. 15-17

## Landtagswahl

Am 15. Mai ist Landtagswahl. Lesen Sie diesmal den Wahlauftrag des Landtagspräsidiums, Informationen zur Juniorwahl sowie Zahlen und Fakten aus der zu Ende gehenden Wahlperiode. S. 23-27

## Kunstpreis

Der Präsident hat erstmals den Nachwuchspreis des Landtags für Künstlerinnen und Künstler vergeben. Preisträgerin ist Pia Krajewski. Der Preis wurde 2021 ins Leben gerufen. S. 28-29

**SOLIDARITÄT  
MIT  
DER  
UKRAINE**

# INHALT

# 20X22

## DIE WAHL IN NORDRHEIN WESTFALEN

<u>Wahlaufruf des Präsidiums</u> .....	S. 23
<u>Juniorwahl: Praxisübung mit Langzeitwirkung</u> .....	S. 24
<u>Die 17. Wahlperiode in Zahlen</u> .....	S. 26

### Aus dem Plenum

<u>Der Krieg, das Leid, die Gräueltaten</u> .....	S. 3
<u>Solidarität mit der Ukraine</u> ...	S. 4
<u>Meldungen</u> .....	S. 6
<u>Städte und Altschulden</u> .....	S. 10
<u>Sorge um die Lebensmittelpreise</u> .....	S. 11
<u>Zuflucht vor dem Krieg</u> .....	S. 12
<u>Der Krieg und die Energiekosten</u> .....	S. 13
<u>Schutz vor häuslicher Gewalt</u>	S. 14
<b>Schwerpunkt</b>	
<u>Mehr Schutz für Kinder</u> .....	S. 15
<u>Standpunkte</u> .....	S. 16

### Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

### Forum

<u>„Unsere Botschaft sind unsere Bilder“</u> .....	S. 18
<b>Aus den Fraktionen</b> .....	S. 20
<b>Forum</b>	
<u>Parlamentsgespräch: Satire und Demokratie</u> .....	S. 22
<u>Kunstpreis</u> .....	S. 28
<b>Gesetzgebung</b> .....	S. 30
<b>Im Porträt</b>	
<u>Eva-Maria Voigt- Küppers (SPD)</u> .....	S. 31
<b>Kurz notiert</b> .....	S. 32

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Wilkins (FDP), Désirée Linde (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 8. April 2022, 11.30 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

**Auflage:** 30.000

**Titelbild:** Adobe Stock/Yagnik

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



# Der Krieg, das Leid, die Gräueltaten

## Unterrichtung und Debatte zur Ukraine

6. April 2022 – Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 befasst sich der Landtag intensiv mit dem brutalen Krieg und den Folgen für Nordrhein-Westfalen. In einer der letzten regulären Plenarsitzungen der zu Ende gehenden Wahlperiode ging es auch um die Kriegsverbrechen von Butscha.

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) verurteilte in einer Unterrichtung die Kriegsgräueltaten in der ukrainischen Stadt Butscha und forderte eine weitere Verschärfung der Sanktionen gegen Russland und schnellere Waffenlieferungen an die Ukraine. Deutschland müsse den Menschen in der Ukraine noch stärker helfen. Der Ministerpräsident begrüßte die Ankündigung der EU für einen Stopp von Kohleimporten aus Russland. Mit Blick auf die Aufnahme von Geflüchteten forderte er, dass der Bund die Kommunen nicht im Stich lassen dürfe. Nordrhein-Westfalen sei bereit, seinen Beitrag zu leisten. Es brauche aber auch klare finanzielle Zusagen aus Berlin.



Ministerpräsident  
Hendrik Wüst (CDU)



Thomas Kutschaty  
(SPD)



Bodo Löttgen (CDU)

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** sagte, Russland führe einen Vernichtungskrieg in der Ukraine. Das Putin-Regime sei ein „Kriegsverbrecherregime“. Er betonte: „Wir stehen an der Seite der Ukraine. Putin muss diesen Krieg verlieren.“ Auch Nordrhein-Westfalen stehe vor großen Herausforderungen. So müsse die Wirtschaft sicher durch die Krise geführt werden und das Land müsse Geflüchteten aus der Ukraine Schutz bieten. Zu diesen Herausforderungen habe der Ministerpräsident aber nichts Konkretes gesagt, sondern nur mit dem Finger auf den Bund gezeigt. Das Land könne vieles selbst tun.

„Dieser Krieg muss ein Ende haben“, sagte **Bodo Löttgen**, Vorsitzender der CDU-Fraktion. Es stelle sich allerdings die Frage, ob Deutschland genug dafür tue. Unklar sei, welche Waffen die Bundesregierung bereits an die Ukraine geliefert habe. Es sei zu überlegen, ob russische Gaslieferungen sofort eingestellt werden könnten, „wenn es denn hilft, diesen Krieg zu beenden“. Für die Versorgung von Geflüchteten bräuchten Kommunen belastbare finanzielle Zusagen, Unterstützung und Rechtssicherheit. Ministerpräsident Wüst habe die Garantie gegeben, 1,6 Milliarden Euro an Kommunen zu zahlen und „draufzulegen“, was darüber hinaus nötig sei.

### „Klare Zusagen“

Russische Soldaten seien verantwortlich für Morde, Folter und Vergewaltigungen, sagte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Mit Blick auf Geflüchtete aus der Ukraine bräuchten Kommunen klare Zusagen, welche Kosten in welcher Höhe übernommen würden. Ukrainerinnen und Ukrainer sollten anerkannten Geflüchteten sozialrechtlich gleichgestellt werden. Das bringe u. a. einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zur Gesundheitsversorgung. Ministerpräsident Wüst müsse die „selbstgeschaffenen Bremsen“ beim Ausbau der erneuerbaren Energien lösen. Schäffer befürwortete weitere Sanktionen gegen Russland.

Auch FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** sprach die Berichte über Kriegsverbrechen in Butscha an. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) habe Geflüchtete gebeten, Hinweise auf Kriegsverbrechen zu geben. Kein Täter dürfe sich sicher fühlen. „Das möchte ich deutlich unterstreichen“, sagte Rasche. Er wies



Verena Schäffer (Grüne)



Christof Rasche (FDP)



Markus Wagner (AfD)

Fotos: Schälte

zudem auf die Folgen des Krieges u. a. für die Energieversorgung hin. Wichtig seien Versorgungssicherheit, Klimaschutz und bezahlbare Energie. Langfristig seien die erneuerbaren Energien eine Lösung. Während einer Übergangszeit aber müsse die Laufzeit vorhandener Kraftwerke verlängert werden.

„Der Krieg gegen die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands, den wir auf das Schärfste verurteilen“, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner**. Seine Fraktion fordere vom russischen Präsidenten ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und setze sich „mit Nachdruck für einen sofortigen Waffenstillstand“ sowie die Entsendung von Friedenstruppen in die Ukraine ein. Bei der Aufnahme Geflüchteter bewege sich Nordrhein-Westfalen bereits am Rande seiner Kapazitäten, sagte Wagner. Land und Bund müssten die Kommunen finanziell unterstützen. Wichtig seien zudem bessere Kontrollen bei der Einreise.

wib, tob, zab

# Solidarität mit der Ukraine – Land



Die Abgeordneten des Landtags applaudierten der ukrainischen Generalkonsulin Iryna Shum (Bild links). Die Diplomatin hatte sowohl die Sondersitzung am 9. März 2022 als auch die Debatte über die Ukraine-Resolution am 23. März 2022 von der Besuchertribüne aus verfolgt.

Fotos: Schälte



9. März 2022 – Der Angriffskrieg des russischen Präsidenten in der Ukraine und das Leiden der ukrainischen Bevölkerung erschütterten die Welt. In einer Sondersitzung stellte sich der Landtag bereits Anfang März an die Seite des Landes und versicherte seine Solidarität. Die ukrainische Generalkonsulin Iryna Shum verfolgte die Sondersitzung von der Besuchertribüne aus.

Als der Präsident des Landtags, André Kuper, die Generalkonsulin begrüßte, spendeten die Abgeordneten stehend minutenlangen Applaus. Mit einer Schweigeminute gedachten sie dann der Opfer des Krieges.

Die Landesregierung hatte die Sondersitzung beantragt. Die Unterrichtung durch Ministerpräsident Hendrik Wüst stand unter dem Titel „Für Freiheit, Frieden und Demokratie – Nordrhein-Westfalen steht an der Seite der Ukraine“.

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) sagte, Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine sei auch ein Angriff auf Europa und demokratische Werte. Wüst dankte den Menschen in NRW für eine Welle der Solidarität mit der Ukraine. Klar sei: „Wer vor Putins Krieg flieht, ist bei uns in Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen.“ Land und Kommunen bereiteten sich auf die Aufnahme Geflüchteter vor. „Ja, es wird haken. Ja, es wird schwierig. Aber ich will es mit aller Klarheit sagen: Wir schaffen das!“ Aufnahmekapazitäten würden ausgebaut. Wichtig sei zudem, Abhängigkeiten von

Energieimporten aus Russland schnellstmöglich zu beenden.

Der russische Angriffskrieg sei ein „Verbrechen gegen die Ukraine und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Moralisch habe Putin den Krieg „schon heute verloren“. NRW sei gefordert, humanitäre Hilfe zu leisten. Europa stehe vor der größten Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Kapazitäten in Erstaufnahmeeinrichtungen müssten deutlich ausgebaut werden. Nötig seien geordnete Verfahren zur Registrierung von Geflüchteten, um Hilfsangebote gezielt vorhalten zu können. Die Landesregierung müsse u. a. einen Krisenstab und einen Runden Tisch einberufen.

## Mitgefühl und Trauer

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** sprach von einem „abscheulichen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“. Er verspüre großes Mitgefühl und tiefe Trauer. „Putins Krieg ist ein Krieg gegen unsere Werte“, sagte Löttgen. Er hob

die „ungeheure und vorbildliche Hilfsbereitschaft in unserem Land“ hervor und dankte den oft ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hilfsorganisationen, „die alles tun, damit unsere Sach- und Geldspenden dort ankommen, wo sie gebraucht werden“. Seine Hochachtung gelte den Menschen in der Ukraine und in Russland, die „unter Lebensgefahr die Werte der Demokratie verteidigen“.

„Der Angriffskrieg Putins lässt uns erschüttert zurück“, sagte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Man sei aber weder sprachlos noch ohnmächtig. „Wir werden Menschen, die Schutz suchen, diesen Schutz hier geben“, sagte Schäffer. Die harten Sanktionen gegen Russland seien richtig, „auch wenn sie natürlich wirtschaftliche Auswirkungen auf uns hier in Deutschland und in ganz Europa haben“. Frieden und Menschenrechte, Freiheit und Demokratie müssten das wert sein. Die Kommunen dürften angesichts der Flüchtlingsbewegung nicht alleingelassen werden. Sie bräuchten die „volle Unterstützung des Landes“.

# Landtag verurteilt russischen Angriffskrieg



## Rede des Präsidenten

Vor Beginn der Sondersitzung hatte der Präsident des Landtags, André Kuper, in einer Rede betont: „Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa sind an der Seite der Ukraine. Wir stehen zusammen für Frieden, Freiheit und Demokratie.“ Er zollte den Ukrainerinnen und Ukrainern Respekt, die „aus Liebe zu ihrem Vaterland ihre politische Freiheit und Demokratie“ verteidigten. Der Präsident ergänzte: „Unser besonderes Mit-

gefühl gilt den vielen Menschen, die Opfer des Krieges sind, die Angehörige verlieren, deren Familien durch den Krieg zerrissen sind, die Hab und Gut verloren haben, die verängstigt oder verzweifelt sind, die auf der Flucht sind.“

Auf der Medienwand am Vorplatz des Landtags ist seit Beginn des Krieges die ukrainische Flagge als Zeichen der Solidarität zu sehen.

FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** sprach von einer dramatischen Lage in der Ukraine und unermesslichem Leid. Die Sanktionen gegen Russland träfen auch den Westen. Sie seien aber der „Preis der Freiheit“ und dieser Preis müsse bezahlt werden. Rasche forderte, Deutschland müsse seine Energiepolitik neu denken. Langfristig liege die Lösung in den Erneuerbaren Energien. Hier müsse es mehr Tempo geben. Benötigt werde aber auch eine andere Übergangslösung. Es gehe nicht darum, den Kohleausstieg infrage zu stellen. Eine längere Laufzeit einzelner Kohlekraftwerke stehe aber im Fokus der Debatte.

## Energiepolitische Handlungsfähigkeit

AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** sagte, es müsse das Leid der Menschen in der Ukraine und der Flüchtenden gelindert und geholfen werden, den Krieg zu beenden. Darüber hinaus gehe es jetzt darum, Deutschland energiepolitisch und militärisch handlungsfähiger zu machen. Es sei eine humanitäre Selbstverständlichkeit, die Kriegsflüchtlinge temporär aufzunehmen. Dafür müssten nun aber die Bedingungen geschaffen werden. Die Kommunen dürften nicht überfordert werden. Die Landesregierung müsse mehr für sie tun. Wagner kritisierte, es gebe keine vernünftige Koordination zwischen Bund und Ländern.

*tab, zab, wib*

## Resolution

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 23. März 2022 mit einer Resolution den russischen Angriffskrieg in der Ukraine verurteilt und sich erneut solidarisch an die Seite der ukrainischen Bevölkerung gestellt. Ein entsprechender Antrag von CDU, SPD, FDP und Grünen wurde mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen beschlossen. Die AfD enthielt sich. Ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion (**17/16758**) wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

In der Resolution (**17/16758**) wird der Tag des russischen Angriffs, der 24. Februar 2022, als „einer der dunkelsten Tage in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien“ bezeichnet. Weiter heißt es: „Der Landtag Nordrhein-Westfalen verurteilt das Vorgehen der russischen Regierung aufs Schärfste und erklärt seine Solidarität und Unterstützung mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung sowie all jenen Menschen,

die auch in der Russischen Föderation wie in Belarus gegen Autokratie und für Frieden, Freiheit und Demokratie eintreten. Das Streben der Ukrainerinnen und Ukrainer nach Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Niemand hat das Recht, die Ukraine mit militärischer Gewalt an diesem Weg zu hindern.“

Die Abgeordneten fordern den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf, den Krieg unverzüglich zu beenden und die Truppen aus der Ukraine abzuziehen. Zugleich versichern sie, Nordrhein-Westfalen werde alles dafür tun, geflüchtete Menschen aus der Ukraine aufzunehmen und zu versorgen: „Wer bei uns Schutz sucht, den heißen wir willkommen. Wir in Nordrhein-Westfalen werden uns den Herausforderungen stellen, die dieser Krieg mit sich bringt.“

Die Debatte über die Resolution lesen Sie im Internet: [www.landtag.nrw.de/Aktuelles/Meldungsarchiv](http://www.landtag.nrw.de/Aktuelles/Meldungsarchiv)



## Wohnraum

23.3.2022 – Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Im Jahr 2021 seien nur 5.239 neue mietpreisgebundene Wohneinheiten in Nordrhein-Westfalen entstanden, schreibt die Fraktion in einem Antrag ([17/16764](#)). Nötig sei ein „Bündnis für Wohnen“, um 100.000 neue Wohnungen jährlich zu schaffen, davon 25.000 mit Mietpreisbindung. Zu den „vordringlichen Aufgaben“ gehöre es, Kommunen Grundstücke des Landes für eine Bebauung zur Verfügung zu stellen und sie bei der Gründung von Wohnungsgenossenschaften zu unterstützen. Kommunen bräuchten zudem zusätzliche Vorkaufrechte, um wirksamer etwa gegen Grundstücksspekulationen vorgehen zu können. Das Wohnraumstärkungsgesetz sei dazu weiterzuentwickeln. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Neben der SPD stimmten die Grünen dafür.

## Hochwasser

23.3.2022 – Nach der Unwetterkatastrophe vom Juli vergangenen Jahres hat die Grünen-Fraktion zahlreiche Maßnahmen zum nachhaltigen Wiederaufbau in den betroffenen Gebieten und für einen präventiven Hochwasserschutz gefordert. Sie legte dem Plenum dazu zwei Anträge zur Beratung vor ([17/14892](#) und [17/16730](#)). Darin heißt es u. a.: „Es bedarf eines Zusammenspiels von Klimaschutz und -anpassung, Hochwasserschutz, nachhaltiger Flächennutzung und Katastrophenschutz – und eines Umdenkens: Es wäre ein großer Fehler, nach der Flut alles einfach wieder aufzubauen und weiterzumachen wie zuvor. Wir müssen unsere Städte widerstandsfähiger machen!“ Konkret spricht sich die Fraktion dafür aus, kein Bauland mehr in hochwassergefährdeten Gebieten auszuweisen. Kritische Infrastruktur wie die

Stromversorgung müsse beim Wiederaufbau so hochwassersicher wie möglich gestaltet werden. Die Grünen wollen zudem Höchstgrenzen für den Flächenverbrauch verankern und einen Unwetterfonds mit bis zu einer Milliarde Euro auflegen, auf den die Kommunen zurückgreifen können. Beide Anträge wurden mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Grüne und SPD stimmten zu. Ein Entschließungsantrag von CDU und FDP ([17/16840](#)) wurde angenommen.

## Kernenergie

23.3.2022 – Die AfD-Fraktion fordert eine Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke bis 2035 und eine Wiederinbetriebnahme bereits abgeschalteter Kraftwerke. Dafür solle sich die Landesregierung auf Bundesebene einsetzen. Kernenergie sei wichtig „für eine verlässliche, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung“. Die Landesregierung solle den „Ausbau kerntechnischer Forschungsvorhaben auf Landesebene“ etablieren, um an der Entwicklung von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation zu partizipieren, heißt es u. a. in dem Antrag ([17/16762](#)), der mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt wurde.

## Kindeswohl

23.3.2022 – Wenn Ärztinnen und Ärzte bei der Untersuchung Minderjähriger den Verdacht auf Kindesmisshandlung haben, dürfen sie sich künftig ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten untereinander austauschen. Möglich wird dies durch ein neues Gesetz ([17/14280](#)), das der Landtag einstimmig verabschiedet hat. Die Fraktionen von CDU und FDP hatten den Gesetzentwurf eingebracht. Es habe bislang eine „rechtliche Unsicherheit zwischen einer erforderlichen Offenbarung zum Schutze eines

höherwertigen Rechtsgutes und einem strafbewehrten Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht der Ärztinnen und Ärzte“ vorgelegen, so die Fraktionen. Der Bundesgesetzgeber habe das erkannt und den Ländern „Regelungsbefugnisse zu einem fallbezogenen interkollegialen Austausch von Ärztinnen und Ärzten“ eingeräumt. Durch eine Änderung des Heilberufegesetzes könne der Kinderschutz nun gestärkt werden.

## Tagebau

23.3.2022 – Vor dem Hintergrund der Unwetterkatastrophe vom Juli 2021 spricht sich die SPD-Fraktion für eine strengere Überwachung der Sicherheit von Tagebauen aus. Nach tagelangem Starkregen war im Sommer vergangenen Jahres eine Kiesgrube in Erftstadt-Blessem geflutet worden. Drei Häuser stürzten ein, in der Folge mussten weitere Häuser abgerissen werden. In ihrem Antrag ([17/16768](#)) kritisiert die SPD, dass es derzeit zu viele unterschiedliche Behörden gebe, die für die Genehmigung und Kontrolle von Abgrabungen zuständig seien. Es müssten daher neue Aufsichts- und Genehmigungsstrukturen entwickelt werden, um möglichst landeseinheitliche Vorhaben durchsetzen zu können. Zudem soll ein zentrales Kataster aller aktiven und eingestellten Abbauflächen entstehen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Dafür stimmten SPD, Grüne und AfD.

## Getreideversorgung

23.3.2022 – Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat auch Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit beim Getreide. Darauf verweisen die Fraktionen von CDU und FDP in einem Antrag ([17/16769](#)). Darin heißt es u. a., dass die Ukraine und Russland gemeinsam mehr als 25 Prozent des weltweit gehandelten



Weizens exportierten. In der Ukraine sei der Getreideexport zum Erliegen gekommen. An den Börsen stiegen die Weizenpreise angesichts des Krieges derzeit rasant. Schon bald könne es zu einer globalen Hungerkrise kommen. Daneben müssten die Auswirkungen des Preisanstiegs bei wichtigen Agrarprodukten auf die heimische Landwirtschaft mit Sorge gesehen werden. Die Fraktionen fordern, dass die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten die vorübergehende Aussetzung von Verpflichtungen zur Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen ermögliche. Zudem müsse es auf Bundesebene Gespräche darüber geben, welche Spielräume für eine kurzfristige Steigerung der Erzeugung von Agrarprodukten in Deutschland und der EU eröffnet werden könnten. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP angenommen. Dagegen stimmten SPD, Grüne und AfD.

## Untersuchungsausschüsse

März/April 2022 – Drei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse (PUA) haben im Plenum ihre Abschlussberichte vorgelegt. Der PUA I („Fall Amri“) hatte sich mit Bezügen des islamistischen Attentäters vom Berliner Breitscheidplatz, Anis Amri, nach Nordrhein-Westfalen befasst ([17/17](#), [17/16890](#)). Im PUA II („Hackerangriff/Stabsstelle“) ging es um einen vermeintlichen Hackerangriff auf die frühere Umweltministerin Christina Schulze Föcking (CDU) sowie die Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität im Ministerium ([17/2753](#), [17/16760](#)). Im Mittelpunkt der Arbeit des PUA III („Kleve“) stand der Tod eines zu Unrecht inhaftierten Syrers in der Justizvollzugsanstalt Kleve ([17/4293](#); [17/16940](#)). Die Untersuchungsausschüsse IV („Kindesmissbrauch“; [17/6660](#), [17/16770](#)) und V („Hochwasserkatastrophe“; [17/14944](#) Neudruck, [17/16930](#)) haben Zwischenberichte präsentiert. Im PUA

IV ging es um den jahrelangen sexualisierten Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe). Thema des PUA V war die Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2021.

## Straßenausbaubeiträge

24.3.2022 – Die Straßenausbaubeiträge sollen in Zukunft aus der Landeskasse bezahlt werden. Der Landtag hat einen entsprechenden Antrag von CDU und FDP ([17/16774](#)) in namentlicher Abstimmung angenommen. Dafür stimmten 102 Abgeordnete und 61 dagegen, bei 11 Enthaltungen. Gegen die Beiträge, die bei der Sanierung einer Straße für Hausbesitzer fällig werden, hatte es in der Vergangenheit Proteste gegeben. Laut Antrag soll die Landesregierung dem Landtag nun bis zum 30. Juni 2022 ein Konzept vorlegen, „wie die Verpflichtung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen aufgegeben werden kann“. Die Regelung solle rückwirkend ab 2020 gelten. Die SPD-Fraktion hatte ebenfalls einen Entwurf für ein „Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ ([17/4115](#)) vorgelegt, der im Plenum in Zweiter Lesung mitberaten und in namentlicher Abstimmung abgelehnt wurde. 83 Abgeordnete stimmten für den Entwurf und 91 dagegen. Enthaltungen gab es keine.

## Freiheitsstrafen

24.3.2022 – Der Landtag hat sich mit dem Antrag „Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden“ ([17/16744](#)) der Grünen-Fraktion befasst. Wer zu einer Geldstrafe verurteilt wird, aber nicht zahlt, muss ersatzweise in Haft. „Die Ersatzfreiheitsstrafe ist ungerecht, da sie ganz überwiegend arme und bereits stark belastete Menschen trifft und so gut wie nie Menschen mit Vermögen“, kritisiert die Fraktion. Zudem bleibe der gewünschte positive Effekt aus, die Kosten hingegen seien hoch. Die Grünen schlagen verschiedene Maßnahmen vor,

um eine solche Freiheitsstrafe zu vermeiden, darunter Ratenzahlung und die Abgeltung der Geldstrafe durch Freie Arbeit statt Haft. Aufsuchende Sozialarbeit solle vorbeugend gegen Kriminalität wirken. Schwarzfahren solle entkriminalisiert werden, denn mehr als die Hälfte der Ersatzfreiheitsstrafen kämen durch Fahren ohne Fahrschein zustande. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen ließen sich bis zu 1.200 Gefangene pro Tag vermeiden. Das entlaste die Betroffenen, die Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie den Justizvollzug. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Grüne und SPD stimmten dafür.

## Einsamkeit

24.3.2022 – Die Enquetekommission IV „Einsamkeit. Bekämpfung sozialer Isolation in Nordrhein-Westfalen und der daraus resultierenden physischen und psychischen Folgen auf die Gesundheit“ hat ihren Abschlussbericht vorgelegt ([17/16750](#)). Am Ende von gut zwei Jahren Recherche, intensiver Befassung, kontroverser Diskussion und Anhörung externer Sachverständiger liegen nun 65 Handlungsempfehlungen vor. Unter anderem empfiehlt die Enquetekommission, „die Prävention und Bekämpfung von Einsamkeit und sozialer Isolation fest im Regierungshandeln zu verankern, kontinuierlich zu bearbeiten und eine Stelle einzurichten, die dies zentral koordiniert“. Ein regelmäßiger Einsamkeitsbericht soll Entwicklungen aufzeigen. Sondervoten von Fraktionen erläutern eine vom Abschlussbericht abweichende Bewertung bestimmter Handlungsempfehlungen. Der Landtag hatte die Einsetzung der Enquetekommission am 14. Januar 2020 auf Antrag der Fraktion der AfD beschlossen. Das Gremium konstituierte sich am 19. Mai 2020 und tagte bis Dezember 2021 insgesamt 19 mal.



## Enquetekommission

5.4.2022 – Der Landtag hat über den Abschlussbericht der Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ beraten ([17/16800](#)). Er enthält 165 Handlungsempfehlungen, die sich an die Landes- und Bundesregierung sowie an die Europäische Union richten. Der Bericht beschreibt die aktuellen Rahmenbedingungen und Herausforderungen für die nordrhein-westfälische Ernährungsbranche, Landwirtschaft und die aktuelle Umweltsituation. Die Kommission war im Januar 2020 auf Antrag der FDP-Fraktion ([17/8414](#)) eingesetzt worden und beriet in 30 Sitzungen, 17 Obleute- und 86 Referentenrunden, insgesamt in rund 600 Stunden, u. a. die derzeitigen Strukturen und Entwicklungen sowie politischen Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene in der Landwirtschaft und im Ernährungssektor. Der Kommission gehörten 13 Mitglieder des Landtags sowie fünf sachverständige Mitglieder an.

## Opferschutz

5.4.2022 – In Nordrhein-Westfalen wird die Stelle eines oder einer Opferschutzbeauftragten langfristig eingerichtet. Der Landtag verabschiedete einstimmig einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung ([17/16383](#), [17/16931](#)). Zum Hintergrund: Als erste Opferschutzbeauftragte ist Elisabeth Aucher-Mainz seit Dezember 2017 tätig. Das Amt war durch eine Allgemeine Verfügung des Ministeriums der Justiz eingerichtet worden. Eine der Kernaufgaben sei es, „Kriminalitätsoffern den ersten Zugang zu Hilfsangeboten zu erleichtern“, heißt es im Entwurf. Die Beauftragte sei mittlerweile zu einer „tragenden Säule des Opferschutzes“ geworden. Seit Beginn ihrer Tätigkeit hätten sich mehr

als 1.800 Hilfesuchende an sie und ihr Team gewandt, um Unterstützung zu bekommen.

## Petitionsausschuss

5.4.2022 – Der Petitionsausschuss hat über seine Arbeit während der zu Ende gehenden 17. Legislaturperiode berichtet. Den Landtag hätten insgesamt knapp 30.000 Eingaben erreicht, heißt es im Bericht des Ausschusses. Bis zum Ende der Legislaturperiode werde der Ausschuss 72-mal getagt und rund 28.000 Beschlüsse gefasst haben. In rund 3.500 Eingaben habe er auf seine Rechte aus Artikel 41a der Landesverfassung zurückgegriffen: Er hat betroffene Bürgerinnen und Bürger angehört, Akten eingesehen, Erörterungen mit Behörden durchgeführt oder Vor-Ort-Termine absolviert. Der Charakter der Petitionen habe sich in den vergangenen Jahren in Teilen gewandelt. Petitionen seien mehr und mehr zu einem Instrument der politischen Mitbestimmung geworden. Daher habe sich der Ausschuss auch mit Massen- und Sammelpetitionen beschäftigt, beispielsweise zu Maßnahmen während der Corona-Pandemie, zu Straßenausbaubeiträgen, zur Abschaffung oder zum Erlass des Rundfunkbeitrags, zum Einschulungstichtag für Kinder sowie zuletzt mit einer großen Initiative gegen die Errichtung einer Pflegekammer in NRW. Traditionell beschäftige sich der Petitionsausschuss aber mit Einzelfällen, konkreten Beschwerden über Entscheidungen von Behörden und damit mit persönlichen Schicksalen von Menschen.

## Schulfinanzierung

6.4.2022 – Die SPD-Fraktion will das System der Schulfinanzierung in Nordrhein-Westfalen grundlegend reformieren. Der Investitionsstau an Schulen werde landesweit auf 10 Milliarden Euro geschätzt, schreibt die Fraktion in einem

zur Debatte vorgelegten Antrag ([17/14938](#)). Die Pandemie habe Schwächen des Schulsystems offenbart, etwa die „unzureichende Digitalisierung, den baulichen Zustand vieler Schulen sowie die Bildungungerechtigkeit insgesamt und die Notwendigkeit einer funktionalen Finanzierungsstruktur“. Die Beziehungen und Finanzierungs Kompetenzen zwischen Kommunen, Land und Bund müssten neu geregelt werden. „Für eine bessere Chancengleichheit und höhere Qualität muss das Bildungssystem finanziell erheblich besser ausgestattet und strukturiert werden.“ Auch der Städtetag NRW dränge auf eine grundlegende Reform der Schulfinanzierung. Der Antrag wurde abgelehnt. Dagegen stimmten die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. SPD und Grüne stimmten dafür.

## Städtepartnerschaft

6.4.2022 – Die SPD-Fraktion spricht sich für den Ausbau und die Stärkung der Partnerschaften zwischen Städten in Nordrhein-Westfalen und der Türkei aus. In einem Antrag ([17/16920](#)) betont die Fraktion, dass diese derzeit rund 35 Partnerschaften seit vielen Jahren u. a. zu einem guten gesellschaftlichen Miteinander, dem Abbau von Vorurteilen und auch zu einem demokratie- und friedensstabilisierenden Zusammenhalt beitragen. Heute stünden zudem projekt- und sachorientierte Motive im Mittelpunkt, etwa bei den Themen Digitalisierung der Verwaltung und Umsetzung neuer Mobilitätskonzepte für den Stadtverkehr. Die Städte seien in diesem Sinne Akteure der sogenannten Urban Diplomacy. Die SPD forderte daher für die anstehende neue Wahlperiode u. a., die Städtepartnerschaften zu fördern und Neugründungen anzuregen. Zudem sei eine Parlamentariergruppe NRW-Türkei auch für den neuen Landtag von großer Bedeutung. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP





und AfD abgelehnt gegen die SPD. Die Grünen enthielten sich.

## Denkmalschutz

6.4.2022 – Der Landtag hat ein neues Denkmalschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen verabschiedet ([17/16518](#), [17/16999](#)). Die Landesregierung hatte den Entwurf eingebracht. Für das Gesetz stimmten die Fraktionen von CDU und FDP, dagegen waren SPD, Grüne, AfD. Nach vier Jahrzehnten sei eine Neufassung des Denkmalschutzgesetzes erforderlich, so die Landesregierung in ihrem Entwurf. Er orientiere sich „an den allgemein national und international anerkannten wissenschaftlichen Standards der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes sowie an den Denkmalschutzgesetzen anderer Länder in der Bundesrepublik Deutschland“. So werde u. a. die Bedeutung von Gartendenkmälern hervorgehoben. Vorgesehen sei zudem ein „Landesdenkmalrat“ zur Beratung der obersten Denkmalbehörde. Ein Entschließungsantrag der SPD ([17/17007](#)) wurde abgelehnt.

## Große Anfrage: Migration

6.4.2022 – Die AfD-Fraktion hat in einer Großen Anfrage an die Landesregierung nach einer „Bilanz der Migration aus den Top-8-Asylherkunftsländern“ für Nordrhein-Westfalen gefragt ([17/14930](#)). Zu diesen Ländern zählten Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Asylbewerber von dort wanderten seit 2015 „anscheinend überwiegend in das Sozialsystem ein“, heißt es in der Großen Anfrage. Von einer „nachhaltigen Zuwanderung zur Stärkung der deutschen Sozialsysteme bzw. zur Reduktion des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften“ könne „überwiegend keine Rede sein“. Die Fraktion hat 43 Einzelanfragen gestellt, u. a. nach dem Anteil

sozialversicherungspflichtig Beschäftigter. Die Antwort der Landesregierung ([17/15787](#)) umfasst 113 Seiten.

## Hass im Netz

6.4.2022 – Betroffene von Hasskommentaren im Internet, sogenannter Hate Speech, sollen nach dem Willen der Grünen-Fraktion künftig stärker unterstützt werden. Die Fraktion forderte in einem Antrag ([17/16899](#)) u. a. den Aufbau einer „personell gut ausgestatteten Melde- und Beratungsstruktur“ in Zusammenarbeit mit den Beratungsstrukturen aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie aus der Antidiskriminierungsarbeit. Zudem sollten speziell geschulte Ansprechpersonen bei der Polizei und bei den Staatsanwaltschaften benannt werden. Die Grünen betonten, dass Hate Speech seit Jahren ein wachsendes Problem sei. „Immer mehr Menschen werden mit Hassrede im Internet konfrontiert. Sie werden in diskriminierender Weise beleidigt, bedroht und angegriffen. Diese Taten verbleiben nicht nur in der digitalen Welt, sondern haben weitreichende Folgen für die Betroffenen und für die demokratische Debatte.“ Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen SPD und Grüne abgelehnt.

## Wald und Holz

7.4.2022 – Die Abgeordneten haben sich mit dem Zustand und der Bewirtschaftung des Waldes in Nordrhein-Westfalen befasst. Mehr als ein Viertel der Landesfläche (27 Prozent) sei bewaldet, heißt es in einem Antrag ([17/16910](#)) der Fraktionen von CDU und FDP, der der Debatte zugrunde lag. Der Klimawandel mache Bäumen zu schaffen. Die Landesregierung habe sich in der Schmallenberger Erklärung sowie im Waldpakt zur Unterstützung

des Waldes bekannt. Haushaltsmittel seien von 2017 bis 2022 auf 72,4 Millionen Euro gesteigert worden. Zudem erhalte der Landesbetrieb Wald und Holz jährlich rund 65 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt. Das Waldbaukonzept aus dem Jahr 2018, das 2021 aktualisiert worden sei, habe die fachlichen Grundlagen für die Waldbewirtschaftung gelegt. Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. auf, die Umsetzung des Waldbaukonzeptes weiterhin ins Zentrum der forstlichen Förderung zu stellen. Die Landesregierung solle sich bei der Bundesregierung weiterhin dafür einsetzen, dass die Klimaschutzleistungen des Waldes aus dem Klimafonds dauerhaft etwa mit dem Modell der Baumprämie gefördert würden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU und FDP angenommen. SPD, Grüne und AfD stimmten dagegen.

## Sprachkompetenz

7.4.2022 – Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt, ein Konzept zur Förderung von Familiensprachen und Mehrsprachigkeit zu entwickeln. Ein entsprechender Antrag ([17/16911](#)) wurde mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP sowie der SPD beschlossen. Die AfD stimmte dagegen, die Grünen enthielten sich. Sprachkompetenz sei ein entscheidender Faktor für eine gelingende Integration, heißt es im Antrag. Für Menschen, deren erste Sprache nicht Deutsch sei, sei ein sicherer Umgang mit der Familiensprache essenziell, um die Landessprache erlernen zu können. Mehrsprachig aufzuwachsen, sei zudem eine Chance für das weitere Leben, das Lernen und den beruflichen Erfolg. Als ein Teil des geforderten Konzepts sollen Informations- und Qualifizierungsangebote für Zielgruppen wie pädagogisches Personal, Kinderärztinnen und -ärzte oder Elternberaterinnen und -berater verbessert und transparenter gestaltet werden.

# Städte und Altschulden

## Debatte zu kommunalen Haushalten

6. April 2022 – In einer Aktuellen Stunde haben sich die Abgeordneten mit der Finanzsituation nordrhein-westfälischer Kommunen befasst. Grundlage war ein Antrag der Grünen-Fraktion.

Die Landesregierung sei 2017 mit dem Versprechen angetreten, das Altschuldenproblem der Kommunen zu lösen und die kommunalen Finanzen weiter zu konsolidieren, heißt es im Antrag (17/16967) der Grünen. Dieses Versprechen sei nicht eingelöst worden. „Überjährige“ Kredite der Kommunen hätten sich bis Ende 2020 auf mehr als 20 Milliarden Euro belaufen. Durch weitere Verbindlichkeiten sei das Volumen auf aktuell mehr als 25 Milliarden Euro gestiegen. Nach „fünf Jahren des Abwartens und Nichtstuns“ habe Kommunalministerin Ina Scharrenbach (CDU) nun überraschend eine Kehrtwende angekündigt, ohne jedoch den Landtag zu informieren oder diesen in Planungen einzubeziehen.

**Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) verwies auf eine Äußerung der Ministerin in einer Fernsehsendung vom vorangegangenen Wochenende. Allerdings habe er auf den Tagesordnungen der drei letzten regulären Plenarsitzungen dieser Wahlperiode keinen Tagesordnungspunkt zu dem Thema Altschulden gesehen. Offensichtlich handle es sich erneut um „Ankündigungspolitik“. Die Kommunen benötigten Geld, um Herausforderungen wie die Investitionen in Schulen und die Energiewende meistern zu können. Klar sei, dass der Bund einen Beitrag leisten müsse. NRW sei aber das Land, das am stärksten betroffen sei, und müsse einen Vorschlag auf den Tisch legen.

**Ralf Nettelstroth** (CDU) betonte, die Landesregierung von CDU und FDP habe in den vergangenen Jahren die Kommunen mit zahlreichen Maßnahmen entlastet. Diesen sei es noch nie so gut gegangen wie derzeit. So habe die Summe der Altschulden seit 2017 deutlich reduziert

werden können. Den Abbau der Altschulden nannte Nettelstroth eine gemeinsame Aufgabe von Städten, Gemeinden, Land und Bund. Nordrhein-Westfalen sei bereit, seinen solidarischen Beitrag zu leisten. Dies erwarte er aber auch vom Bund, der Hilfe angekündigt habe. Seitdem habe man aber nichts mehr dazu gehört.

### „Tickende Zeitbombe“

Wenn es eines Beweises für die „Realitätsferne“ der regierungstragenden Fraktionen bedürfe, habe der Beitrag des Vorredners diesen geliefert, sagte **Hans-Willi Körfges** (SPD). Altschulden seien eine „tickende Zeitbombe für Kommunen“. Sie hingen wie ein „Damoklesschwert über den Köpfen der kommunalen Familie“. Dagegen müsse etwas unternommen werden. Die Landesregierung habe dies fünf Jahre lang versäumt, obwohl SPD und Grüne in der aktuellen Wahlperiode mehrfach Vorschläge gemacht hätten. Schwarz-Gelb habe Kommunen mit einem „Buchhaltungstrick“ und kreditierten Finanzhilfen neue Schulden aufgebürdet.

Hinter dem Thema Altschulden des Koalitionsvertrags stehe aktuell „nicht der grüne Haken, den wir uns gewünscht hätten“, sagte **Henning Höne** (FDP). Das liege u. a. an Zuständigkeiten des Bundes. Klar sei aber: Auch ohne einen Altschuldenfonds hätten Kommunen fünf

gute Jahre hinter sich, bedingt u. a. durch das Gemeindefinanzierungsgesetz sowie Hilfen durch Land und Bund. Dies habe zu einem Plus von 3,9 Milliarden Euro geführt, die Kommunen zugezogen seien. Bei einer künftigen Lösung sollten Kommunen einen Anteil an der Zinstilgung leisten, sagte Höne: „Einen Schuldenschnitt zulasten von Land und Bund lehnen wir ab.“

Die kommunalen Altschulden seien Ausdruck eines „kollektiven Versagens in der nordrhein-westfälischen Politik“, sagte **Sven Tritschler** (AfD). Sie befasse sich offenbar mehr mit der Suche nach Ausreden und Schuldigen als mit der Suche nach Lösungen. Tritschler sprach von einer „heruntergekommenen politischen Kultur“. Es gebe Bundesländer mit ähnlichen Problemen – aber noch mehr, die diese Probleme nicht hätten. Deshalb sei der „ewige Verweis auf den Bund“ verfehlt. Er solle nur vom eigenen Versagen ablenken. Die Schuld liege bei den Kommunen, „die sich seit Jahrzehnten in roter oder rot-grüner Hand befinden“.

Es sei in den vergangenen fünf Jahren gelungen, dass „massiv Schulden zurückgeführt wurden über die Kommunen und gleichzeitig deutlich mehr investiert wurde“, sagte **Ina Scharrenbach** (CDU), Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung. Die Kommunen hätten „in der Summe wieder einen schwarzen Haushalt geschrieben“. Seit fünf Jahren gebe es wieder Jahresüberschüsse in den kommunalen Kernhaushalten. Sie beliefen sich in diesem Zeitraum auf rund 8,3 Milliarden Euro. „Das ist ein irrer Wert“, sagte Scharrenbach. Ein Grund für diese Entwicklung sei, dass das Land mehr Geld in die Städte und Gemeinden gegeben habe. *wib, tob, zab*



Foto: Schälte

# Sorge um die Lebensmittelpreise

## Aktuelle Stunde zu Folgen des Ukraine-Krieges

7. April 2022 – Der Krieg in der Ukraine treibt die Preise auch für Lebensmittel. Ein wichtiger Grund: Das osteuropäische Land und Russland sind wichtige Getreideexporteure. Wie man dem Preisanstieg begegnen kann, darüber debattierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde, die von CDU und FDP sowie AfD beantragt worden war. Dabei ging es vor allem um die Freigabe von Brachflächen für die deutschen Landwirte.



Dr. Patricia Peill (CDU)

Markus Diekhoff (FDP)

Christian Loose (AfD)

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)

Norwich Rübe (Grüne)

Ministerin Ursula Heinen-Esser (CDU)

Fotos: Schälte

In ihrem Antrag ([17/16968](#)) verweisen CDU und FDP auf den Beschluss der EU-Kommission, sogenannte ökologische Vorrangflächen für alle Ackerkulturen freizugeben. Die meisten Bundesländer hätten sich dafür ausgesprochen, diesen Beschluss umzusetzen und die Brachen sowohl für den Futter- als auch für den Lebensmittelanbau zu nutzen. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) dagegen wolle die Flächen nur für die Futtermittelnutzung freigeben.

Die AfD fordert in ihrem Antrag ([17/16969](#)), die Landesregierung müsse darlegen, welche Maßnahmen sie ergreife, um der Inflation zu begegnen. Diese sei bereits vor Beginn des Krieges in der Ukraine auf hohem Niveau gewesen. Im März dieses Jahres habe sie laut Statistischem Bundesamt bei voraussichtlich 7,3 Prozent gelegen.

**Dr. Patricia Peill** (CDU) kritisierte, während die europäischen Staaten um Deutschland herum handelten und Brachflächen für den Getreideanbau freigäben, zögere der Bundeslandwirtschaftsminister. Sie mahnte, ohne Importe aus Russland und der Ukraine drohten den Menschen in Afrika und Asien Hunger. Dieser sei die schärfste Waffe des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die Bundesregierung müsse „über ihren Schatten springen“ und den Anbau von Nahrungsmitteln auf Vorrangflächen freigeben. Es gehe nicht darum, den Klimaschutz aufzugeben. Die Versorgung mit Lebensmitteln sei aber vordringlich.

Auch **Markus Diekhoff** (FDP) forderte die Bundesregierung auf, die Beschlüsse der EU-Kommission „eins zu eins“ umzusetzen. Die

Koalition von CDU und FDP stehe zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und zum European Green Deal. Aber auch in der Agrarpolitik dürfe es nun keine Denkverbote geben. Der Krieg in der Ukraine habe vor Augen geführt, wie wichtig die Selbstversorgung mit Lebens- und Futtermitteln sei. Zugleich trage Deutschland auch Verantwortung für andere Länder. Daher müssten die Produktionskapazitäten in der EU erhöht werden, anstatt sie künstlich zu verknappen. Ideologie sei keine Lösung.

### „Heizölpreis verdoppelt“

Das Leben habe sich bereits vor dem Krieg massiv verteuert, sagte **Christian Loose** (AfD). Erdgas etwa sei von August 2020 bis Januar 2022 um 37 Prozent teurer geworden, Benzin um 34 Prozent. Der Heizölpreis habe sich in diesem Zeitraum sogar verdoppelt. Der Krieg beschleunige diesen Prozess und lege die Probleme „schonungslos offen“. Die Inflation habe im Januar bei 4,9 Prozent gelegen, im März bei 7,3 Prozent. Was dies bedeute, sähen die Menschen im Discounter. Betroffen seien vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringen Einkommen. „Wer den Menschen wirklich helfen will, muss die Steuern dauerhaft senken“, sagte Loose.

Der Krieg und die Kriegsverbrechen in der Ukraine beschäftigten die Menschen, sagte **Lisa-Kristin Kapteinat** (SPD): „Ganz viele nehmen Anteil, ganz viele sind engagiert und helfen.“ Gleichzeitig beschäftige die Menschen, dass ihr Alltag immer teurer werde. „Auch das ist verständlich und legitim“, sagte Kapteinat. Man

könne zugleich Anteil nehmen und sich Gedanken darüber machen, wie man seine Kinder satt bekomme. Alltag müsse für alle bezahlbar bleiben. Die Ampelkoalition in Berlin habe deshalb zwei große „Entlastungspakete“ mit einem Gesamtvolumen von 30 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Davon profitierten vor allem Menschen mit wenig Geld.

**Norwich Rübe** (Grüne) wies darauf hin, dass Menschen weltweit von Getreidelieferungen aus der Ukraine und Russland abhängig seien. Deutschland müsse das UN-Welternährungsprogramm unterstützen, wofür Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir 200 Millionen Euro zusätzlich bereitstellen wolle. Ökologische Vorrangflächen in Deutschland wiederum seien häufig nicht geeignet, hohe Erträge zu erzielen. Viele Flächen seien bereits für den Straßen- und Siedlungsbau freigegeben worden. In der Abwägung zwischen zusätzlichen Erträgen und ihrer ökologischen Funktion sollten Brachflächen nicht gänzlich freigegeben werden.

Der Krieg in der Ukraine führe zu einer ernsthaften Gefahr von Hungerkrisen im Nahen Osten und in Afrika, sagte **Ursula Heinen-Esser** (CDU), Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Der Anteil Russlands und der Ukraine an weltweiten Getreideexporten liege bei 30 Prozent. Es sei dringend nötig, Turbulenzen an den Agrarmärkten abzumildern, die weltweit zu erheblichen Preisanstiegen geführt hätten. Brachliegende ökologische Flächen in Deutschland müssten für die Erzeugung von Lebensmitteln und Futterflächen freigegeben werden – auch unter Verwendung von Pflanzenschutzmitteln.

wib, zab, tob

# Zuflucht vor dem Krieg

## Abgeordnete debattieren über Aufnahme von Menschen aus der Ukraine

23. März 2022 – Seit Beginn des Krieges in der Ukraine fliehen immer mehr Menschen auch nach Nordrhein-Westfalen. Mit deren Aufnahme und Unterbringung befasste sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde. Sie war von der Fraktion der Grünen und der Fraktion der SPD beantragt worden.

Die Grünen kritisieren in ihrem Antrag (17/16830), dass noch viele rechtliche und finanzielle Fragen der Kommunen offen seien, und vermissen eine Gesamtstrategie. Die Städte und Gemeinden wiesen auf die Notwendigkeit hin, „dass das Land sowohl bei der Verteilung der Geflüchteten endlich ein Konzept vorlegt“ als auch bei der Registrierung unterstütze.

Auch die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag (17/16831) mehr Unterstützung für die Kommunen: „Schon jetzt ist klar: NRW wird auch nach dem Königsteiner Schlüssel u. a. aufgrund seiner Größe den größten Teil der Geflüchteten, die in Deutschland bleiben werden, aufnehmen müssen. Dafür muss die Landesregierung jetzt die Voraussetzungen schaffen und Verantwortung übernehmen!“

**Berivan Aymaz** (Grüne) sagte, vordringliches Ziel sei, den Flüchtlingen aus der Ukraine den Schutz zu bieten, den sie benötigten. Sie forderte die Landesregierung auf, die Kommunen bei dieser „Mammutaufgabe“ zu unterstützen. Einige Städte und Gemeinden stießen bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen. Die Landesregierung müsse den Krisenstab aktivieren, um bei der Koordination zu helfen. Und die Kommunen bräuchten eine klare Finanzierungszusage, da sie jetzt bereits in finanzielle Vorleistung gingen. Bevor Minister Dr. Joachim Stamp (FDP) einen Plan auf internationaler Ebene fordere, müsse er zunächst einen Plan fürs Land haben.

**Christian Dahm** (SPD) kritisierte, dass die Landesregierung nur das Lied singe: „Berlin, Berlin, wir zeigen nach Berlin.“ Sie rufe „hilf-

los“ nach dem Bund, um von eigenen Problemen abzulenken. Dahm forderte konkret, die Landesregierung müsse 50.000 zusätzliche Plätze für die Unterbringung von Flüchtlingen schaffen, um die Kommunen zu entlasten. Zudem müsse es einen ressortübergreifenden Krisenstab geben, damit die Städte und Gemeinden Informationen aus einer Hand bekämen. An die Landesregierung gewandt, betonte er: „Handeln Sie, es wird Zeit.“

### „Keine Zeit verlieren“

Europa erlebe die „größte Flüchtlingswelle seit dem Zweiten Weltkrieg“, sagte **Heike Wermer** (CDU): „Wir stehen vor einer historischen Herausforderung, wir werden sie meistern, wenn wir an einem Strang ziehen.“ Erforderlich sei ein „strukturierter und nachhaltiger Austausch aller Ebenen“. Bund, Länder und Kommunen gehörten „an einen Tisch, um Abstimmungen herzustellen und Antworten zu erarbeiten“. Sie forderte eine schnelle Registrierung der Geflüchteten. Der Bund müsse tätig werden und Klarheit schaffen. Erst dann könne man den Betroffenen gezielt Hilfe anbieten. „Wir haben keine Zeit zu verlieren“, sagte Wermer.

Es sei zu befürchten, „dass 10 Millionen Menschen flüchten werden“, sagte **Christian Loose** (AfD). Nach Deutschland seien bislang mehr als 200.000 gekommen, nach Nordrhein-Westfalen geschätzt 35.000. „Genauere Zahlen liegen nicht vor“, sagte Loose. Effektive Hilfe funktioniere aber nur, „wenn die Helfer die Kontrolle haben“. In seiner Heimatstadt Bochum kämen „überwiegend Frauen und Kin-

der und nur wenige ältere Menschen“ an. Man gewähre ihnen gerne Schutz, werde aber vor große Herausforderungen gestellt. Erforderlich seien eine „optimierte Steuerung, Kontrolle und Verteilung der Flüchtlinge“.

**Stefan Lenzen** (FDP) sagte, die Koalition aus CDU und FDP lasse „die Kommunen nicht im Stich“. Das Land unterstütze sie auch finanziell – etwa bei der Bereitstellung von Wohnraum sowie der Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen. Im Jahr 2015 und 2016 hätten Kommunen lange auf Hilfe vom Land gewartet. Erst mit dem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2017 habe die schwarz-gelbe Landesregierung gehandelt und etwa das Flüchtlingsaufnahmegesetz reformiert, durch das Kommunen mehr Geld erhielten. Dank der Einführung eines Asylstufenplans würden Kommunen bei der Zuweisung von Flüchtlingen entlastet.

„Wir erleben eine Jahrhundertkatastrophe“, sagte Flüchtlings- und Integrationsminister **Dr. Joachim Stamp** (FDP). Um Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen zu können, müssten internationale Verabredungen getroffen und ein nationaler Flüchtlingsgipfel einberufen werden. In seinem Ministerium habe er den Stab „Außergewöhnliches Ereignis Flucht Ukraine“ eingerichtet, der den „Charakter eines operativen Krisenstabes“ habe, sagte Stamp. Die Landesregierung werde Kommunen weiterhin u. a. mit den notwendigen finanziellen Mitteln unterstützen, Kapazitäten zur Aufnahme von Flüchtlingen erhöhen und Hilfsangebote ausweiten. *wib, zab, tob*



Fotos: Schälte

Berivan Aymaz (Grüne)

Christian Dahm (SPD)

Heike Wermer (CDU)

Christian Loose (AfD)

Stefan Lenzen (FDP)

Minister Dr. Joachim Stamp (FDP)

# Der Krieg und die Energiekosten

## Aktuelle Stunde: Landtag debattiert über finanzielle Entlastungen

24. März 2022 – Die Folgen des Krieges in der Ukraine sind auch in Nordrhein-Westfalen spürbar – u. a. bei den Energiekosten. In einer Aktuellen Stunde haben die Abgeordneten über die Preisexplosion und mögliche Entlastungen diskutiert. Kurz nach der Debatte wurden Details des zweiten Energiekosten-Entlastungspakets der Bundesregierung bekannt, das in der Nacht zuvor ausgehandelt worden war.

Die gestiegenen Preise führten zu einer „wachsenden Belastung für die Mobilitätsanforderungen unserer Wirtschaft und Gesellschaft“, heißt es in einem Antrag (17/16832) der Fraktionen von CDU und FDP, der der Debatte zugrunde lag. Entlastungen seien dringend nötig. Die Fraktionen regten eine „substanzielle Absenkung der Steuersätze auf Diesel und Benzin“ an. Die NRW-Landesregierung habe im Bundesrat gemeinsam mit Bayern entsprechende Entlastungen vorgeschlagen.

Ein Durchschnittshaushalt müsse im Jahr 2022 mit rund 2.000 Euro mehr an Heizkosten rechnen, sagte **Dr. Christian Untrieser** (CDU). Auch die Strom- und Spritpreise seien rasant gestiegen. Viele europäische Nachbarländer hätten bereits die Mehrwertsteuer auf Strom, Gas und Sprit gesenkt oder Tankrabatte beschlossen, um Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Die Bundesregierung reagiere nicht schnell genug. „Warum dauert das so lange?“, fragte Untrieser. Der Staat nehme durch gestiegene Energiepreise Milliardenbeträge mehr an Steuern ein und müsse diese Mehreinnahmen nutzen, um Bürgerinnen und Bürger zu entlasten.

**Ralph Bombis** (FDP) bemerkte, dass 68 Prozent der Erwerbstätigen im Jahr 2020 mit dem Auto zur Arbeit gefahren seien. Nach Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums müssten Autofahrerinnen und -fahrer im Jahr 2022 etwa 750 bis 800 Euro mehr als im Vorjahr zahlen. Entlastungen seitens der Politik müssten schnell wirksam und spürbar sein, breite Gruppen der Bevölkerung und Betriebe erreichen und zudem rechtskonform sein. „Die Bundesregierung wird liefern, die Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch“, sagte Bombis. Die Bundesregierung handle gewissenhaft, gründlich und schnell.

„Die Auswirkungen des Krieges werden wir überall spüren“, sagte **André Stinka** (SPD). Als Beispiele nannte er die steigenden Energiepreise. Davon seien nicht nur Autofahrerinnen und -fahrer betroffen, sondern alle Bürgerinnen und Bürger im Land „und gerade auch Industrie und Handwerk“. Die Sorge vieler Menschen, dass steigende Energiepreise zum Problem werden, sei „deutlich berechtigt“. Beim Heizen könnten im Jahr 2.000 Euro mehr fällig werden, beim Strom 100 Euro im

Jahr. Den Blick nur auf den Spritpreis zu richten, sei „ignorant“, sagte Stinka in Richtung CDU.

Es liege bereits ein erstes „Entlastungspaket“ vor, sagte **Arndt Klocke** (Grüne). Die Bundesregierung habe sich vor einigen Wochen auf eine Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli, einen Heizkostenzuschuss für Bedürftige und ein Vorziehen der erhöhten Pendlerpauschale rückwirkend zum 1. Januar 2022 verständigt. Im Zusammenhang mit den gestiegenen Spritpreisen sei nicht das Bundesfinanzministerium gefragt, sondern das Bundeskartellamt und die Verbraucherzentrale. Klocke sprach von „Spekulationsgewinnen der Mineralölindustrie“. Ziel müsse es nun sein, Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen zu entlasten.

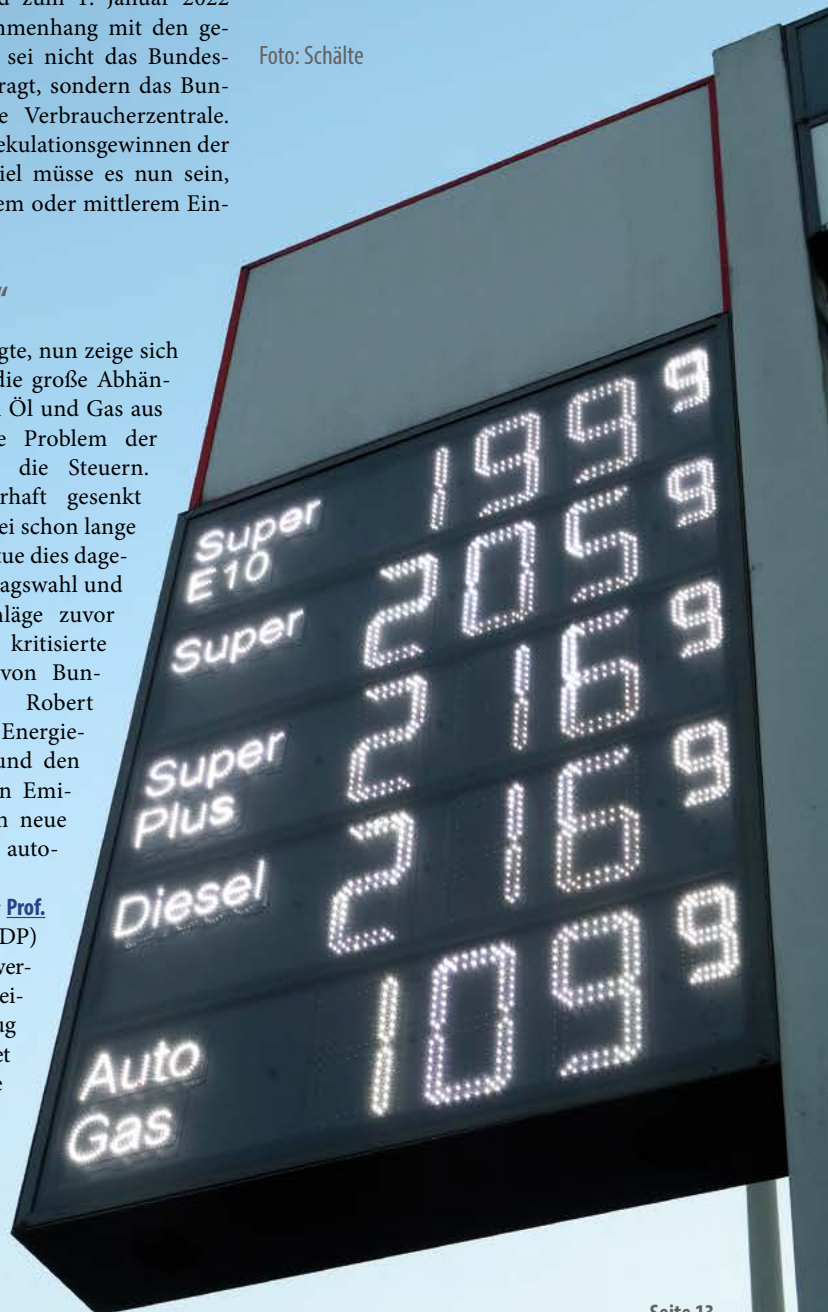
### „Steuern senken“

**Christian Loose** (AfD) sagte, nun zeige sich die Realität, nämlich die große Abhängigkeit des Landes von Öl und Gas aus Russland. Das größte Problem der Kraftstoffpreise seien die Steuern. Diese müssten dauerhaft gesenkt werden, was seine Partei schon lange fordere. Die Koalition tue dies dagegen kurz vor der Landtagswahl und habe die AfD-Vorschläge zuvor stets abgelehnt. Loose kritisierte auch die Gespräche von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) über Energielieferungen in Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Hier entstünden neue Abhängigkeiten von autoritären Regimen.

Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) betonte, auf knapper werdende Energie und steigende Preise müsse klug und rational geantwortet werden. Dazu seien viele Maßnahmen notwendig, aber kein „politisches Ablenkungsmanöver“. Pinkwart

nannte u. a. einen sparsameren und effizienteren Einsatz von Energie. Dies müsse nicht zu „Mangelwirtschaft“ führen, sondern werde Innovationen fördern. Er begrüßte auch die Reisen des Bundeswirtschaftsministers, um zusätzliche Energiequellen zu erschließen. Deutschland müsse seine Bevölkerung und die Betriebe versorgen. Und es gehe darum, die Weltmärkte zu stabilisieren. *tob, zab, wib*

Foto: Schälte



# Schutz vor häuslicher Gewalt

## Zahl der gemeldeten Fälle ist in Nordrhein-Westfalen gestiegen

25. März 2022 – Die AfD-Fraktion hatte zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Fraktion bezog sich auf Angaben des Landeskriminalamts (LKA), denen zufolge 2021 mehr Delikte erfasst worden seien als im Jahr zuvor.

Der Anstieg könne „im direkten Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und mit den daraus resultierenden Lockdown-Maßnahmen der Landesregierung“ stehen, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag ([17/16833](#)). Im Lagebild des LKA sei von 30.759 Fällen die Rede. Die Dunkelziffer sei möglicherweise deutlich höher, so die AfD. 70 Prozent der von häuslicher Gewalt Betroffenen seien Frauen.

Die Fraktion fordert u.a. ein flächendeckendes Beratungsangebot „für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt, um die Folgen der Pandemiepolitik aufzufangen“. Zudem schlägt sie „Corona-Sonderzahlungen“ für Frauenhäuser vor.

**Dr. Martin Vincentz** (AfD) sagte, dass das Zuhause für viele Menschen kein Ort sei, an dem sie sich wohlfühlten. Im zweiten „Lagebild Häusliche Gewalt“ von 2021 sei ein Plus der Delikte um 5,5 Prozent registriert worden. Es sei davon auszugehen, dass es zudem ein „extremes Dunkelfeld“ gebe. Es reiche nicht aus, die Zahlen zu erfassen. Vielmehr müssten die vorliegenden Daten und Fakten analysiert werden, um daraus Erkenntnisse für Präventionsmaßnahmen gewinnen zu können. Der Trend dürfe nicht nur erfasst, er müsse auch durchbrochen werden. „Das sind wir den Opfern schuldig“, so Vincentz.

**Simone Wendland** (CDU) sagte, Koalition und Landesregierung hätten in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Schutz von Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, zu erhöhen. Auch habe

sich der Frauenausschuss des Landtags oft mit dem Thema befasst. Nur die AfD, die nun eine Positionierung der Landesregierung fordere, habe sich nicht dazu positioniert. Sorge bereite ihr vor allem noch die Frage, wie es für die betroffenen Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus weitergehe. Sie hätten oftmals keine Perspektive und kehrten daher zum gewalttätigen Partner zurück.

### „Polemik gegen Pandemiepolitik“

Der Antrag der AfD-Fraktion zur Aktuellen Stunde sei „deutlich halbseiden“, sagte **Anja Butschkau** (SPD). Er beruhe auf einem Medienbericht, „der streckenweise einfach nur abgeschrieben wurde“. Der AfD gehe es um „Polemik gegen die Pandemiepolitik“. Es sei nicht das erste Mal, dass ein Thema aufgegriffen werde, um ein anderes hochzuspielen. Es stehe außer Frage, dass die Pandemie für Frauen eine sehr schwierige Zeit sei, sagte Butschkau. Die Zahlen zur häuslichen Gewalt seien in den vergangenen zwei Jahren gestiegen. Das Problem liege aber tiefer, man könne es nicht zu einer „Pandemiefolge herunterschreiben“.

Offenbar habe die AfD-Fraktion die „vielfältigen Maßnahmen der Koalition aus Union und FDP“ nicht mitbekommen, sagte **Susanne Schneider** (FDP). Bereits im Koalitionsvertrag habe man der Bekämpfung häuslicher Gewalt besondere Bedeutung eingeräumt. Dies sei keine bloße Absichtserklärung gewesen, die „NRW-Koalition“ habe geliefert – „und zwar

kontinuierlich“. Die finanzielle Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen sei seit 2017 entscheidend ausgebaut worden, sagte Schneider. Finanziert würden u. a. Frauenhäuser und Beratungsstellen. Auch aus dem „Corona-Rettungsschirm“ sei Geld geflossen.

„Das Thema Schutz vor Gewalt ist jeden einzelnen Tag aktuell und muss jeden Tag im politischen Fokus stehen“, sagte Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul**. Der Landtag habe sich mehrfach intensiv mit dem Thema beschäftigt. Nicht daran beteiligt habe sich jedoch die AfD-Fraktion. Sie habe in ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde nicht einmal die Istanbul-Konvention erwähnt, die eine zentrale Grundlage des Gewaltschutzes sei und ein „Meilenstein der Verankerung des Gewaltschutzes im europäischen Recht“. Das allein zeige, sagte Paul an die AfD-Fraktion gewandt: „Die Debatte ist doch vollkommen an Ihnen vorbeigegangen.“

Seit 2017 investiere die Landesregierung kontinuierlich in den Gewaltschutz, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). Sie stelle dafür 12,4 Millionen Euro mehr zur Verfügung, das entspreche einer Steigerung von rund 54 Prozent im Vergleich zu 2017. Zwar seien die Fallzahlen von Opfern häuslicher Gewalt zuletzt gestiegen. Ob das auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sei, könne aufgrund kriminalstatistischer Daten aber nicht belastbar bewertet werden, so Reul. Die Pandemie jedenfalls habe keine Auswirkungen auf Beratungsangebote im Kontext häuslicher Gewalt gehabt. Die AfD liege mit ihrem Antrag „voll daneben“. *wib, zab, tob*

# Ziel: Mehr Schutz für Kinder

## Sachverständige äußern sich zu Gesetzentwurf der Landesregierung

10. März 2022 – Die Landesregierung will mit einem neuen Gesetz den Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen stärken. Es wurde am 6. April 2022 einstimmig verabschiedet ([17/16232](#), Neudruck, [17/16997](#) und [17/17003](#)). In einer gemeinsamen Anhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend sowie der Kinderschutzkommission hatten sich zuvor Sachverständige dazu geäußert.

Mit dem Gesetz („Landeskinderschutzgesetz NRW und Änderung des Kinderbildungsgesetzes“) werde „die staatliche Aufgabe und Rolle im Kinderschutz in seiner Eigenschaft als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe präzisiert und qualitativ gestärkt“, heißt es im Entwurf der Landesregierung. Es stelle Regelungen zur Rechtsposition von Kindern und Jugendlichen klar und grenze die für den Schutz und die Entwicklung relevanten Handlungsfelder näher ein. Zentrale Themen seien

- fachliche Standards „bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung einschließlich Qualitätsberatung und Qualitätsentwicklung“;
- die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure in Netzwerkstrukturen sowie
- Leitlinien für Kinderschutzkonzepte in Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe.

Das Gesetz soll zum 1. Mai 2022 in Kraft treten. Für das laufende Jahr werde mit Mehrkosten für den Landeshaushalt in Höhe von rund 53 Millionen Euro gerechnet. In den beiden Folgejahren seien es jeweils etwa 85 Millionen Euro.

### Netzwerke

Die Landesjugendämter begrüßten den Gesetzentwurf, hieß es in einer Stellungnahme der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe. Er greife „zentrale (...) Entwicklungsbedarfe für eine Stärkung der Rechte und des Schutzes von Kindern und Jugendlichen auf und unterstreicht die Rechte und die Beteiligung von Kindern als wesentliche Orientierungspunkte für gelingenden Kinderschutz“. Besonders hoben die Verbände den Auf- und Ausbau von Netzwerken hervor. Der Gesetzentwurf benenne „die zentralen tragenden Säulen im Kinderschutz“ und lege ein „grundsätzlich überzeugendes Konzept“ vor. Gleichwohl erfordere qualifizierter Kinderschutz „qualifizierte Fachkräfte in ausreichendem Umfang“. Fast alle der im Entwurf benannten Arbeitsfelder seien derzeit von einem „eklatanten Fachkräftemangel“ betroffen. Darauf wies auch die Gewerk-

schaft „Komba“ in ihrer Stellungnahme hin. Das Landeskinderschutzgesetz NRW werde „eines der stärksten Kinderschutzgesetze bundesweit sein“. Ein entscheidender Faktor fehle allerdings – „ausreichend vorhandenes qualifiziertes Personal“.

Es handle sich um ein „wegweisendes Landesgesetz, das wichtige Schritte geht, um den Schutz der Kinder auf Landesebene zu verbessern“, schrieb die bei der Bundesregierung angesiedelte „Stelle des unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs“ (UBSKM). Man hoffe, „dass diese Initiative auch Impulse für andere Länder setzt“.

Der Betroffenenrat als beratendes Gremium beim USBKM begrüßte den Entwurf ebenfalls. Besonders erfreulich sei, Kinderschutz „ab sofort und ausdrücklich mit der UN-Kinderrechtskonvention zu verknüpfen und den Status von Kindern und Jugendlichen als Rechtsträger\*innen stärker als bisher hervorzuheben“.

Der Kinderschutzbund bezeichnete den Gesetzentwurf als „einen Einstieg, die rechtlichen Grundlagen und die Praxis des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen zu verbessern und zu stärken“. Zwar gebe er „zentrale und wichtige Hinweise zur Konkretisierung von Standards und Verfahrensweisen des Kinderschutzes, die durchaus geeignet sind, die Qualität der sozialpädagogischen Arbeit vor Ort zu erhöhen“. Es seien jedoch Ergänzungen erforderlich. So sollte der Gesetzentwurf u. a. um Anforderungen an freie Träger ergänzt werden.

Der Gesetzentwurf sei neben bereits umgesetzten Maßnahmen des Landes ein weiterer Schritt zur Einlösung des Rechts von Kindern und Jugendlichen auf Schutz vor (sexueller) Gewalt, hieß es in der Stellungnahme der ►



Foto: Schälte

Fachstelle „Zartbitter“ (Köln). Der Entwurf skizziere „Rahmenbedingungen, die für die Sicherung des Kindeswohls und Verbesserung des Schutzes von Kindern durch Jugendhilfe dringend geboten sind“. Er zeuge von Fachlichkeit und Engagement. Allerdings beschränke sich das Gesetz „zunächst auf den Kinderschutz auftrag der Jugendhilfe und ihrer Netzwerke“. Andere für den Alltag von Kindern und Jugendlichen relevante gesellschaftliche Bereiche wie Schule und Gesundheitswesen würden lediglich gestreift oder seien gar nicht betroffen – etwa kommerzielle Freizeit-, Sport- und Nachhilfeangebote.

### „Eigenständige Rechtsträger“

Der Gesetzentwurf stärke die Rechte von Kindern und Jugendlichen, befand das Evangelische Büro NRW in seiner Stellungnahme für die Ausschüsse. Zudem präzisiere er die Rolle des Jugendamts: „Insbesondere ist die konsequente Ausrichtung des Gesetzentwurfs an den Rechten der Kinder und die Sicht auf Kinder und Jugendliche als eigenständige Rechtsträger zu begrüßen.“ An einigen Stellen wünsche man sich aber „verbindlichere Formulierungen“.

Auch das Katholische Büro NRW äußerte sich zustimmend: „Defizite bei der Einschätzung und Vernetzung sowie fehlende Fachkompetenz bei Fällen von sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen sind in NRW leider überdeutlich geworden.“ Die vorliegende Gesetzesinitiative basiere auf „vielfältigen Analysen und Empfehlungen aus Anhörungen und Beratungen u. a. im Landtag“.

Der Kinder- und Jugendrat NRW werte den Schutz des Kindeswohls in seiner Stellungnahme als „höchstes und wichtigstes Ziel der Kinder- und Jugendpolitik“. Wichtig sei, Jugendvertreterinnen und -vertreter einzubeziehen. Eine entsprechende Liste fehle jedoch. „Im Allgemeinen“ trage man den Gesetzentwurf aber mit.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände fürchtet zusätzliche Belastungen für Städte, Kreise und Gemeinden. Die kommunale Handlungsfähigkeit beim Kinderschutz müsse gesichert werden, „indem der Ausgleich weiterer Folgekosten des Gesetzes und insbesondere die automatische Berücksichtigung von Tarifkostensteigerungen geregelt wird“. Dazu sei die Landesregierung bislang aber nicht bereit gewesen. Eine Überarbeitung der Kostenfolgeabschätzung sowie des vorgesehenen Belastungsausgleichs sei „zwingend erforderlich“.

zab

## Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Kinderschutz ...



**Christina Schulze Föcking**  
(CDU)



... muss fest in unserer Gesellschaft verankert werden und als gemeinsame, übergreifende Aufgabe verstanden werden. Jeder, der mit Kindern arbeitet, muss ein Kinderschützer sein. Das Bewusstsein für tagtäglich stattfindenden Kindesmissbrauch zu schärfen, ist eine Grundvoraussetzung für wirksamen Kinderschutz. Dabei muss stets das Kind in den Mittelpunkt gestellt werden. Kinder brauchen Schutz.



**Dr. Dennis Maelzer**  
(SPD)



... ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb benötigen wir ein ressortübergreifendes Artikelgesetz. Kinderschutz ist immer untrennbar mit Kinderrechten verbunden.



**Marcel Hafke**  
(FDP)



... muss stärker in das gesellschaftliche Bewusstsein. Kinder haben das Recht, gewaltfrei und in Geborgenheit aufzuwachsen. Statistiken und schreckliche Missbrauchsfälle haben jedoch deutlich gemacht, dass immer noch eine viel zu große Zahl an Kindern Gewalt, Vernachlässigung und Missbrauch ausgesetzt ist. Wir wollen eine Kultur der Aufmerksamkeit schaffen, damit Kinder und Jugendliche besser geschützt werden.



**Josefina Paul**  
(Grüne)



... ist auf die enge Zusammenarbeit aller Beteiligten angewiesen. Kinder und Jugendliche müssen vor verschiedenen Gewaltformen geschützt werden. Auch das Wissen um Täterstrategien ist wichtig. Dazu müssen staatliche Institutionen (Polizei, Justiz, Jugendämter etc.) in die Lage versetzt werden, den Kinderschutz wahrnehmen zu können. Kinderschutz ist aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.



**Iris Dworek-Danielowski**  
(AfD)



... ist in gleichem Maße staatliche wie gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Aufgabe der Behörden ist nicht nur die Umsetzung der Kinderschutzkonzepte, sondern auch die Einbindung der vielen Ehrenamtler, die im Kinder- und Jugendbereich tätig sind. Für sie sollten Basiskurse und Fortbildungen ebenso Standard sein wie ein erweitertes Polizeiliches Führungszeugnis.



# Kinderschutzgesetz

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## Jugendämter ...

... haben die Pflicht, bei einem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung einzugreifen. Um diesem Schutzauftrag angemessen nachkommen zu können, brauchen sie flächendeckend einheitliche fachliche Standards für den Umgang mit Gefährdungen. Wir wollen mit dem Gesetz die 186 Jugendämter in NRW bei der Abwehr von Kindeswohlgefährdungen unterstützen und deren Arbeit qualitativ weiter ausbauen.

... brauchen einheitliche Standards. Zur Unterstützung der Kommunen und zur Sicherung der Standards brauchen wir aber auch Kinderschutzbedarfspläne.

... werden durch das Landeskinderschutzgesetz in ihrer Arbeit unterstützt und gestärkt. Fachliche Mindeststandards werden die Rahmenbedingungen für die wichtige Arbeit der Jugendämter nachhaltig verbessern, Arbeitsprozesse weiter professionalisieren und den Fachkräften zusätzliche Handlungssicherheit für ihre verantwortungsvolle Aufgabe im Bereich des Kinderschutzes geben.

... übernehmen eine zentrale und verantwortungsvolle Aufgabe beim Kinderschutz. Sie haben die staatliche Aufgabe, unsere Kinder und Jugendliche zu schützen und zu unterstützen. Dafür müssen sie personell gut ausgestattet sein. Es braucht aber auch klare Standards zu Verfahren, Qualitätsentwicklung und Einarbeitung.

... sind nun mit dem Qualitätsentwicklungsverfahren und der Qualitätsberatung deutlich besser aufgestellt. Sie dürfen nicht in die Lage eines Bittstellers kommen, wenn sie andere Akteure darum bitten, an der Netzwerkarbeit teilzunehmen, nur weil gesetzliche Regelungen fehlen. Bei den Empfehlungen wäre es wünschenswert, dass die Jugendämter auch auf die Expertise der freien Träger zurückgreifen.

## Fachkräfte ...

... müssen bei ihrer täglichen Arbeit in Form von einheitlichen und verbindlichen Verfahren, wie sie mit einem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung umgehen und schnell wirksam helfen können, unterstützt werden. Wir wollen ihnen zur Seite stehen. Entscheidend ist dabei unter anderem auch die Vermittlung des notwendigen Know-how, z. B. von Täterstrategien und Reaktionsmustern von Opfern.

... brauchen Sicherheit in ihren Entscheidungen. Dafür benötigen sie eine feste Einarbeitung und ein Mehraugenprinzip, denn man sieht meist nur, was man kennt.

... in Jugendämtern und in den Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen erhalten durch das Kinderschutzgesetz mehr Handlungssicherheit und Orientierung. Qualitätsberatung und -entwicklungsverfahren werden die gute Arbeit der Jugendämter weiter stärken. Qualifizierung und Netzwerkarbeit werden für den Kinderschutz sensibilisieren, die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren verbessern und Meldewege transparenter machen.

... sind das Fundament für wirksamen Kinderschutz. Der Fachkräftemangel ist aber in allen Sozial- und Erziehungsbereichen bereits spürbar. Gute Arbeitsbedingungen sind zentral zur Gewinnung und Haltung von Fachkräften. Dazu gehört die Aus-, Fort- und Weiterbildung. Diese Bedingungen sollten aber für alle Bereiche, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten, ob Kita, Schule, OGS oder Jugendzentrum, gelten.

... sind oft überlastet und damit überfordert, in vielen Jugendämtern herrscht hohe Fluktuation. Daher müssen nicht nur die Fallzahlen angepasst, sondern dringend in die Aus- und Weiterbildung investiert werden. Neben einer fundierten Ausbildung empfiehlt sich auch ein Einarbeitungsprogramm im ASD, um Fachkräfte durch Training-on-the-Job zu ertüchtigen, Kindeswohlgefährdung frühzeitig zu erkennen.

## Netzwerke ...

... sind essentiell für einen effektiven Kinderschutz vor Ort. Nur wenn alle beteiligten Akteure, vom Jugendamt, den freien Trägern über die Ärzteschaft bis hin zur Polizei, miteinander statt nebeneinander arbeiten, können sie voneinander lernen und damit entscheidend zu einem wirksamen Kinderschutz beitragen. Daher braucht es einen flächendeckenden Ausbau von interdisziplinären Netzwerken im Kinderschutz.

... sind zentral, müssen aber für alle verbindlich sein und vor allem die Betroffenen zu Beteiligten machen und sie mit einbeziehen. Das kann auch durch die Interessensvertretungen, die Jugendverbände und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort passieren.

... im Bereich Kinderschutz werden seit Jahren gefordert. Wir gehen nun bewusst über die Vorgaben des Bundesrechts hinaus und unterstreichen damit die bundesweite Vorreiterrolle NRW. Die strukturelle Vernetzung der verschiedenen Akteure aus Kinder- und Jugendhilfe, Schulen, Gesundheitswesen und Polizei werden Absprachen und Austausch bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung erleichtern und den Kinderschutz nachhaltig verbessern.

... können einen wichtigen Beitrag für den Kinderschutz vor Ort leisten. Die Netzwerke sind interdisziplinär besetzte Vernetzungsstrukturen, die sowohl Kinderschutzfälle besprechen, aber auch den örtlichen Kinderschutz im Blick halten. Damit die Netzwerke wirksam arbeiten können, brauchen sie eine Koordinierung. Zudem braucht es Anreize zur verbindlichen Beteiligung.

... stellen ein wichtiges Instrument dar, um die Kompetenzen aller beteiligten Akteure bündeln und ihre Erfahrungen untereinander austauschen zu können. Erst daraus können effektiv Lehren gezogen und letztlich Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. Wünschenswert ist auch eine Involvierung ehrenamtlicher Stellen und Vertretern von Kindern und Jugendlichen, deren Perspektive stets im Blick behalten werden muss.

# Hoffnung auf Demokratie und Freiheit:

11. März 2022 – Zwei Wochen nach dem Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine hat der Landtag am Rheinufer die Ausstellung „30 Jahre Unabhängigkeit der Ukraine“ eröffnet. Die Schau zeigt den beschwerlichen Kampf um Freiheit und Demokratie.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (Mitte), die ukrainische Generalkonsulin Iryna Shum und der Präsident der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft für Wirtschaft und Wissenschaft, Lukas Augustin, haben die Ausstellung eröffnet. Foto: Lammert

Friedlich fließt der Rhein unter der Nachmittagssonne. An der Uferpromenade vor dem Landtag ist vom Krieg in der Ukraine kaum etwas zu bemerken. Und doch scheint es, als werfe der Krieg seine Schatten auf die Bilder, die hinter Glasscheiben des Landtagsgebäudes zu sehen sind und von der Geschichte der ukrainischen Unabhängigkeit erzählen.

Da sind etwa die Bilder aus Kiew, aufgenommen im November 2013: Auf dem Maidan, dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz, versammelten sich Hunderttausende Ukrainerinnen und Ukrainer, um für den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union zu demonstrieren. Sie schwenkten ukrainische Flaggen und kündig-

ten an, so lange zu bleiben, bis Präsident Viktor Janukowitsch beim damaligen Gipfel der Europäischen Union in Vilnius ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet. Janukowitsch weigerte sich, einen europäischen Kurs einzuschlagen – und ließ die Proteste niederknüppeln. Millionen Demonstrierende zogen anschließend durch die Straßen.

Bilder des „Euromaidan“ und der „Revolution der Würde“ gingen seinerzeit um die Welt – und waren bis zum 9. April 2022 auch bei der Ausstellung „30 Jahre Unabhängigkeit der Ukraine“ in Fenstern des Landtagsgebäudes an der Rheinuferpromenade zu sehen. Die 22 ausgestellten Motive thematisierten den Weg der Ukraine seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1991 – ein Weg, der begleitet war von Protesten und blutigem Kampf für die Verteidigung von Demokratie und Freiheit.

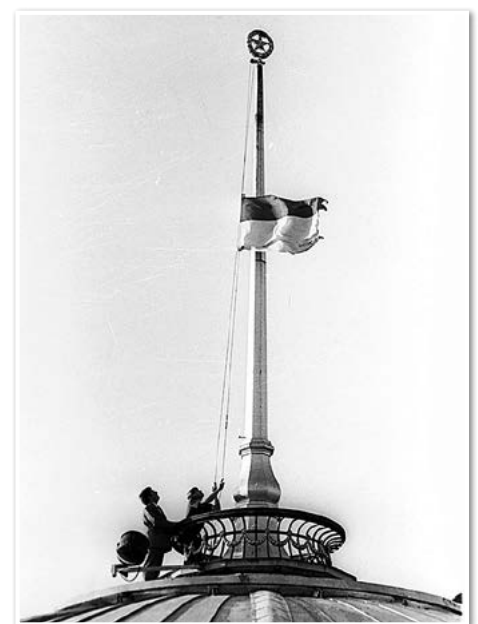
## Verbundenheit mit Europa

„Die Ausstellung zeigt, wie lang und beschwerlich der Weg der Ukraine in die Unabhängigkeit war und wie groß die Verbundenheit der Ukraine mit Europa ist“, sagte André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, bei der Eröffnung. Die Schau dokumentiere die in der

Demokratie verwurzelte Unabhängigkeit des ukrainischen Volkes. Mit Blick auf den aktuellen Krieg in der Ukraine sagte Kuper: „Es gibt keinen wichtigeren Zeitpunkt zu zeigen, welchen Weg die Ukraine in den vergangenen 30 Jahren gegangen ist.“ Nordrhein-Westfalen stehe an der Seite der Ukraine. „Unsere Solidarität und Anerkennung gilt den Menschen dort, die ihre politische Freiheit und Demokratie verteidigen.“

Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine, dankte für die Solidarität. Der russisch-ukrainische Krieg dauere bereits acht Jahre an, ausgehend vom Einmarsch russischer Streitkräfte auf der Krim im Jahr 2014 und Kämpfen in der Ostukraine. Russland begehe „gewaltige Verbrechen“, sagte Shum. Zwei Tage zuvor habe sich das an der Bombardierung einer Geburtsklinik in Mariupol gezeigt – einem „Angriff auf den Neuanfang des Lebens“ sowie auf die Unabhängigkeit und neue Demokratie in der Ukraine. Sie habe den Kurator der Ausstellung kurz vor der Eröffnung kontaktiert – Mstyslav Chernov, ein ukrainischer Fotograf der Nachrichtenagentur AP, der sich zu diesem Zeitpunkt in Mariupol befunden habe. Ob er eine Botschaft in den Landtag übermitteln wolle? Ja, habe Chernov geantwortet: „Unsere Botschaft sind unsere Bilder.“

Die Ausstellung beginnt mit dem Jahr 1991, als sich das Land in seiner Unabhängigkeitserklärung zur „unteilbarkeit und Unantastbarkeit“ sowie zur „europäischen Identität



Am 24. August 1991 verabschiedet das ukrainische Parlament die Unabhängigkeitsakte und hisst am 4. September die Nationalflagge der Ukraine. Foto: Ukrinform-Fonds

## Info

Die Ausstellung ist aus Anlass des 30. Jahrestags der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 2021 entstanden. Initiatoren sind die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft für Wirtschaft und Wissenschaft und das Generalkonsulat der Ukraine in Düsseldorf. Die Ausstellung zeigt eine Auswahl von Bildern, die Mstyslav Chernov zusammengestellt hat in seiner Publikation „Die Unabhängigen. Geschichte der modernen Ukraine in den Fotos der besten Dokumentar Fotografen“.

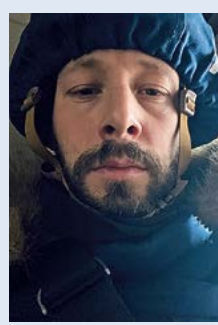
# „Unsere Botschaft sind unsere Bilder“



Protestbewegung „Ukraine ohne Kutschma“: Eine ältere Unterstützerin der Opposition spricht am 9. März 2011 in Kiew mit Polizisten, die sich wie eine Wand vor ihr postieren. Foto: Victor Pobedytsky/UNIAN



Mehr als 10.000 Menschen protestieren am 5. März 2014 mit der ukrainischen Flagge in Donezk und fordern die territoriale Integrität der Ukraine, nachdem Russland die Krim annektiert hatte. Foto: Anton Skyba



Der für die Nachrichtenagentur Associated Press (AP) arbeitende ukrainische Fotograf Mstyslav Chernov (Bild) hat den Katalog zur Ausstellung „30 Jahre Unabhängigkeit der Ukraine“ zusammengestellt. Nach Ausbruch des Krieges am 24. Februar dokumentierte er russische Kriegsverbrechen in der Ukraine und berichtete u. a. über den Angriff auf eine Geburtsklinik in Mariupol. Er war einer der letzten Reporter, die die Stadt verließen.

der ukrainischen Nation“ bekannt hat. Auf einem Bild hissen Ukrainer die Nationalflagge in Kiew. Andere Motive zeigen das Leben in den 1990er-Jahren, das von einer Wirtschaftskrise geprägt war. Ein Schwerpunkt liegt auch auf der „Orangen Revolution“ im Jahr 2004/05, als Machthaber Janukowitsch bei den damaligen

Präsidentenwahlen den Sieg für sich beanspruchte, während internationale Beobachter von Wahlbetrug ausgingen. Anhänger des Oppositionskandidaten Viktor Juschtschenko, der später Opfer eines Giftanschlags wurde, gingen mit orangefarbenen Fahnen auf die Straße. Die Bilder der Ausstellung weisen den Weg in

die Gegenwart, in der Panzer und Raketen eine Spur von Elend und Zerstörung in der Ukraine hinterlassen. An Generalkonsulin Shum gewandt sagte Landtagspräsident Kuper: „Möge die Ausstellung als kleines Zeichen hier vom Rhein, aus dem Westen, den Menschen in Ihrer Heimat unsere Verbundenheit zeigen.“ tob

Die Menschen tragen auf dem Maidan, dem zentralen Platz in Kiew, am 27. November 2013 die Flaggen der Ukraine und der EU. Sie beschließen, rund um die Uhr dort zu bleiben – bis die ukrainische Regierung von Viktor Janukowitsch ein Assoziierungsabkommen auf dem EU-Gipfel in Vilnius unterzeichnet. Foto: Evgeniy Maloletka



# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

### Wir entlasten die Menschen – schnell und wirksam

Der russische Angriff auf die Ukraine erschreckt uns alle. Die Brutalität, mit der Putin gegen die ukrainische Zivilbevölkerung kämpft, schockiert uns. Doch wir verlieren auch die Folgen nicht aus dem Blick, die dieser Krieg auf Menschen hier bei uns in Nordrhein-Westfalen hat. Deshalb hat unsere Landesregierung ein Energiepreissparpaket in den Bundesrat eingebracht. Wir handeln aber auch selbst hier in NRW und schaffen Entlastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger jetzt, wo sie so wichtig sind.

Ende März hat unser Fraktionsvorsitzender Bodo Löttgen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner FDP im Landtag ein Förderprogramm fürs Eigenheim vorgestellt. Mit insgesamt 400 Millionen Euro unterstützen wir



Bodo Löttgen (CDU)

Menschen beim Erwerb einer Immobilie oder beim Neubau. Einzige Voraussetzung: Das Haus oder die Wohnung wird selbst genutzt und Käufer ist eine natürliche Person. Denn wir wollen vor allem junge Familien fördern – keine Großinvestoren. Die Fördersumme beläuft sich auf zwei Prozent des Kaufpreises und kommt

so im Ergebnis einer Senkung der Grunderwerbsteuer gleich, welche deren Erhöhung durch die rot-grüne Vorgängerregierung zurückdreht und sogar unterschreitet.

Kurz zuvor hatte die NRW-Koalition im Landtag bereits einen Antrag vorgelegt, um das Förderprogramm der Landesregierung zur Entlastung von Anliegerinnen und Anliegern bei den Straßenausbaubeiträgen aufzustoßen: Die-

se wurden bereits rückwirkend teils bis Anfang 2018 zu 50 Prozent von den Beiträgen befreit, jetzt übernimmt das Land den kompletten Betrag – und zwar schon im April und erneut rückwirkend. Das bedeutet, auch wer im Rahmen des Programms die Hälfte des Beitrags vom Land bezahlt bekam, erhält jetzt noch die restliche Hälfte zurück. Im Topf sind aktuell 130 Millionen Euro.

Zwei Beispiele, die zeigen: Die NRW-Koalition kümmert sich um die Belange der Menschen im Land und schafft schnelle, wirksame Lösungen auf einem soliden finanzpolitischen Fundament – und das auch noch ganz am Ende dieser Legislatur.



### Unsere Bilanz-Veranstaltung: Ein Blick zurück mit zahlreichen Gästen



Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Die Legislaturperiode nähert sich ihrem Ende und wir haben – endlich mal wieder mit Gästen im Plenarsaal – einen Blick zurückgeworfen auf fünf Jahre Oppositionszeit. Die lehrreich und ereignisreich waren, aber niemals langweilig. Unsere Bilanz-Veranstaltung war gleichzeitig auch ein kleiner Abschied: von Kolleginnen und Kollegen, von Partnern und Ratgeberinnen, von Verbündeten



und Mitbewerbern. Und hoffentlich auch von der Oppositionsarbeit.

Mit unseren zentralen Leitanträgen haben wir in den vergangenen Jahren gezeigt, dass wir die Regierung nicht nur kontrollieren. Nein, wir haben auch inhaltliche Alternativen angeboten. Wir haben aus dem Parlament heraus konkrete Pläne und Konzepte für ein besseres Nordrhein-Westfalen entwickelt. Weil besser möglich ist.

Besonders gefreut hat uns, dass wir auf unserer Bilanz-Veranstaltung Bundeskanzler Olaf Scholz begrüßen konnten. Sein Blick auf den Krieg in der Ukraine und die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit war beeindruckend und bewegend.



## Das Ende der Straßenausbaubeiträge für Anlieger ist beschlossen

Nach der Halbierung der Straßenausbaubeiträge vor zwei Jahren sorgt die NRW-Koalition für die nächste große Entlastung: Das Land trägt den Anlieger-Anteil der Straßenausbaubeiträge zu 100 Prozent. Das hat der Landtag auf Initiative von FDP und CDU im März beschlossen.

„Über fünf Jahrzehnte ist das Kommunalabgabengesetz im Bereich der Straßenausbaubeiträge quasi unverändert geblieben. Die NRW-Koalition hat in fünf Jahren zwei Entlastungsschritte vollzogen, die vorher in 50 Jahren nicht möglich waren“, sagt der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Henning Höne.



Henning Höne (FDP)

Im ersten Schritt hat das Land zum 1. Januar 2020 die Halbierung der Beiträge, eine Pflicht zur Bürgerbeteiligung, ein Recht auf Ratenzahlung und eine Härtefallregel beschlossen. Mit dem zweiten Schritt übernimmt das Land die Beiträge zu 100 Prozent.

„Auch Eigentümerinnen und Eigentümer mit bewilligten Anträgen profitieren, die zur Hälfte bei den Straßenausbaubeiträgen seit

2020 unterstützt werden. Wir werden auch sie vollständig entlasten“, erläutert Höne.

Seit 2020 werden jährlich 65 Millionen Euro zur Entlastung bei den Straßenausbaubeiträgen zur Verfügung gestellt. Es wurden aber nur 11 Millionen Euro abgerufen. „Durch

diesen finanziellen Spielraum können wir die Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken entlasten. Das Geld soll den Menschen direkt zugutekommen“, erklärt Höne. Im dritten Schritt soll die Landesregierung eine gesetzliche Abschaffung im Einklang mit dem Konnexitätsprinzip vorbereiten, die vom neuen Landtag zügig beschlossen werden kann.

Zudem wird das Land auf Initiative der NRW-Koalition eine Verjährungsfrist von 10 Jahren für Ersterschließungsbeiträge einführen. Damit schaffen wir Rechts- und Planungssicherheit für Eigentümer von Grundstücken.



## Grüne Antworten für eine Energiepolitik im Krisenmodus

Klimaziele in Gefahr, Energiepreise auf immer neuen Rekordniveaus und ein Krieg in Europa, der schonungslos Deutschlands Abhängigkeit von fossilen Energieimporten aus Russland offenbart. Neben der eskalierenden Klimakrise muss die Energiepolitik auch Antworten auf die Preiskrise und die Krise der Versorgungssicherheit liefern.

Es ist ein Glücksfall in all diesem Elend, dass viele der notwendigen Maßnahmen eine Lösung für alle drei Krisen gleichzeitig sind: Jede neue Windenergieanlage verringert die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten und verbessert damit unsere Versorgungssicherheit. Gleichzeitig schaffen wir langfristig stabile Energiepreise und kommen den Klimazielen ein Stück näher. Anders als die Bundesregierung, die Maßnahmen im Wochentakt

verkündet, wirkt die NRW-Landesregierung jedoch noch immer wie in Schockstarre.

Die Grüne Landtagsfraktion hat mit mehreren Initiativen aufgezeigt, was auf Landesebene getan werden müsste. Die Essenz unseres Antrags zum Booster für die Windenergie ist: mehr Flächen, mehr Personal in den Behörden,



Grafik: Soonthorn Wongsaita/Shutterstock.com

standardisierte Regeln und Prozesse. Unseren gemeinsamen Gesetzentwurf mit der SPD zur Abschaffung der pauschalen 1.000-Meter-Mindestabstände haben CDU und FDP abgelehnt, dabei würde dies auf einen Schlag 50 Prozent mehr Flächen für die Windenergie bringen. Und auch unser Antrag zu dringend notwendigen Maßnahmen in der Energiepolitik, wie beispielsweise der Förderung weiterer Energieeffizienzmaßnahmen und Energieberatungsangebote, wurde von CDU und FDP abgelehnt. Diese Landesregierung ist unfähig, in den Krisenmodus zu schalten.



## Demokratie ist keine Einbahnstraße

Als sich die AfD im Februar 2013 konstituierte, war dies der Startschuss zur erfolgreichsten Partei-Neugründung der Nachkriegszeit: Nur die AfD ist seit Jahren neben CDU und SPD in allen Landtagen, dem Bundestag und dem EU-Parlament vertreten. In Nordrhein-Westfalen repräsentiert sie derzeit 7,4 % der Menschen und damit einen wesentlichen Teil der Bevölkerung. Dennoch wurde sie von Anfang an von allen anderen im Landtag vertretenen Parteien diffamiert und ausgegrenzt. Angefangen bei der Verweigerung eines ihr zustehenden Sitzes im Präsidium wurde die AfD systematisch von der Teilhabe auf Mitwirkung ausgeschlossen – damit also 7,4 % der Bürger dieses Landes. Dies, obwohl die Gründerväter unserer Republik in Anbetracht der Erfahrungen aus der Vergangenheit größten Wert darauf ge-

legt haben, einseitige Haltungen und dadurch entstehende Machtkonzentrationen möglichst zu verhindern. Wichtigster Garant dafür sind Meinungsfreiheit und vor allem Meinungspluralität, in der Gesellschaft und unabdingbar in den Parlamenten. Um möglichst vielen politischen Richtungen eine Stimme zu geben, braucht es nicht nur Parteivielfalt, sondern ebenso die Besinnung auf die Wortbedeutung Parlament: miteinander reden. Kontrovers, streitbar mitunter, doch stets mit Respekt vor der anderen, der gegensätzlichen Meinung. Auf diesem Wert fußt unsere parlamentarische Demokratie, und dieser Wert wird stets von denen mit Füßen getreten, die eine parlamentarische Stimme systematisch zu unterdrücken suchen. Wenn sie das noch mit dem Hinweis auf die eigene demokratische Legitimation

versehen, kann man nicht mehr nur von Ironie sprechen – das ist hochgradig ignorant, geradezu grotesk. Und doch tägliche Praxis im aktuellen Landtag NRW, nicht zuletzt, wenn jeder Antrag der AfD mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt wird. Dabei gibt es kaum Hinweise, dass sich diese Demokratieverweigerung in der nun kommenden Legislaturperiode verändern wird. Es bleibt also nur zu hoffen, dass echte Demokraten ein Einsehen bekommen und merken: Demokratie ist keine Einbahnstraße!





FORUM

# Ein Gradmesser für die Demokratie

## Rolle der Satire Thema des 11. Parlamentsgesprächs

15. März 2022 – „Wie viel Satire verträgt die Demokratie?“ – unter diese Leitfrage hatte der Präsident des Landtags, André Kuper, das 11. Parlamentsgespräch gestellt. Zu der Diskussionsrunde konnte er wieder zahlreiche Gäste im Parlament begrüßen. Es diskutierten u. a. der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident und Bundesminister Peer Steinbrück und die Direktorin des Grimme-Instituts, Dr. Frauke Gerlach.

Der Präsident nannte die Satire einen „Ausdruck der Demokratie“. Sie sei damit auch das Ziel von Feinden der Demokratie, wie nicht zuletzt der terroristische Angriff auf die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo 2015 in Paris mit zwölf Toten gezeigt habe. Satire entlarve und halte den Spiegel vor, gehe aber auch an die Grenzen des guten Geschmacks, teilweise darüber hinaus.

„An der Freiheit der Satire und der Satirekunst lässt sich der Freiheitsgrad der Demokratie messen“, betonte Ministerpräsident a. D. Peer Steinbrück in seinem Impulsreferat zu Beginn der Veranstaltung. Eine demokratisch-freiheitlich verfasste Gesellschaft müsse daher so viel Satire wie möglich zulassen. Dies sei in

Deutschland der Fall, und hierzulande werde die Satirekunst sehr vielfältig gepflegt. Steinbrück war selbst nach dem Ende seiner politischen Karriere mit dem Kabarettisten Florian Schroeder auf Tour gegangen.

### „Keine Frage der Moral“

Die Funktion von Satire sei seit den Zeiten der Hofnarren klar: in einer spielerischen Auseinandersetzung gesellschaftlich relevante Themen aufzuspießen, sie zu verspotten, lächerlich zu machen, zu verzerren und dadurch eine besondere Art der Kritik vorzutragen. Satire sei dabei notwendigerweise verletzend, respektlos, nicht gerecht und auch nicht ausgewogen.

Bei der Bewertung von Satire müssten Geschmack und Moral ausgeblendet werden, so Steinbrück weiter. Denn diese seien Privatsache. Die Grenzen zwischen gutem und schlechtem Geschmack seien individuell sehr unterschiedlich. Satire könne stil- und würdelos sein, sei aber von der verfassungsrechtlich garantierten Kunstfreiheit gedeckt. Diese gelte auch dann, wenn es sich um schlechte Kunst handle. Satire sei aber kein Freibrief für Beleidigungen. Dann sei sie ein Fall für die Gerichte.

In der sich anschließenden Diskussionsrunde tauschten sich Steinbrück, Dr. Gerlach vom Grimme-Institut und der Journalist Helge Fuhst u. a. über die Rolle der Satire in der Demokratie und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung aus. Studien zeigten, dass es – auch bei jungen Zuschauerinnen und Zuschauern – ein großes Vertrauen in Nachrichtensendungen gebe. Zudem wünschten sich die Bürgerinnen und Bürger mehr Satire und sähen diese als wichtige Ergänzung, erläuterte Dr. Gerlach.

Auch der Zweite Chefredakteur von ARD-aktuell, Helge Fuhst, nannte Satiresendungen eine Erweiterung, nicht eine Konkurrenz für Nachrichtensendungen. Satire könne auch ein Weg sein, junge Menschen an Politik heranzuführen. Allerdings nur, wenn dies begleitet werde durch Medienbildung und den Zugang zu klassischen Informationsmedien. *red*

Zum 11. Parlamentsgespräch begrüßte der Präsident des Landtags, André Kuper (2.v.r.), den Journalisten Helge Fuhst (v.r.), die Direktorin des Grimme-Instituts, Dr. Frauke Gerlach, und Ministerpräsident und Bundesminister a. D., Peer Steinbrück. Vivien Leue moderierte die Diskussion. Fotos: Hartmann



Das vollständige Parlamentsgespräch als Video finden Sie im Internet: [www.landtag.nrw.de/Mediathek/Videoportal/Veranstaltungen\\_und\\_Ausstellungen](http://www.landtag.nrw.de/Mediathek/Videoportal/Veranstaltungen_und_Ausstellungen)



Das Präsidium des Landtags (v.l.): Vizepräsidentin Angela Freimuth, Präsident André Kuper, Vizepräsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Oliver Keymis. Foto: Schälte

## WAHL

# Liebe Bürgerinnen und Bürger,

zur Landtagswahl am 15. Mai 2022 sind Sie aufgerufen, über die zukünftige Zusammensetzung Ihres Parlaments und über die Landespolitik der nächsten fünf Jahre mitzuentcheiden.

Als Wählerin und als Wähler haben Sie zwei Stimmen. Mit Ihrer Erststimme bestimmen Sie mit, welche Kandidatin oder welcher Kandidat aus Ihrem Wahlkreis Sie zukünftig als Abgeordnete oder Abgeordneter im Landesparlament vertreten soll. Ihre Zweitstimme geben Sie einer der zur Wahl stehenden Parteien und üben somit weiteren Einfluss auf die politischen Mehrheitsverhältnisse im Landtag der 18. Wahlperiode aus.

Die Abgeordneten treffen im Landtag regelmäßig Entscheidungen, die das Zusammenleben der Menschen in Nordrhein-Westfalen und damit auch Ihr persönliches, direktes Lebensumfeld unmittelbar betreffen. Zu den landespolitischen Gestaltungskompetenzen gehören die Bildungs-, Schul- und Hochschulpolitik, die Innere Sicherheit, Aufgaben des sozialen Zusammenhalts, die Handlungsfähigkeit der Kommunen, Industrie- und Energiepolitik, Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz,

die Kultur- und Medienlandschaft und viele Themenfelder mehr. Zusätzlich sind in der Corona-Pandemie die Regelungskompetenzen des Landesparlaments deutlich sichtbar geworden.

Wir alle sind derzeit täglich mit grausamen Nachrichten konfrontiert, die deutlich machen: Frieden, Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit. Und die sie tragenden Werte wie Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und politische Entscheidungsfreiheit müssen von uns allen gelebt werden. Wir in Europa werden von den Feinden unserer freiheitlichen und demokratischen Lebensweise offen – auch wieder mit Waffengewalt – angegriffen.

Indem Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, stärken Sie unsere Demokratie und tragen zur politischen Vielfalt und Freiheit in unserem Land bei. Die Wahllokale sind am Wahlsonntag von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Auch eine vorherige Stimmabgabe per Briefwahl ist möglich.

Die Landtagswahl ist Ihre Wahl!  
Bitte beteiligen Sie sich.

André Kuper (CDU)  
Präsident des Landtags  
Nordrhein-Westfalen



Angela Freimuth (FDP)  
Landtagsvizepräsidentin

Carina Gödecke (SPD)  
Landtagsvizepräsidentin

Oliver Keymis (Grüne)  
Landtagsvizepräsident

# Juniorwahl: Praxisübung mit

April 2022 – In wenigen Wochen ist es soweit: Nordrhein-Westfalen wählt einen neuen Landtag. Wenn am 15. Mai die Wahllokale öffnen, haben sich rund 200.000 Jugendliche bereits entschieden und ihre Kreuze gemacht – nämlich in der Schule. In einer von rund 772 Schulen, die an der Juniorwahl teilnehmen. Die Juniorwahl stellt Jugendlichen ab der 7. Klasse die Fragen: Wie würdet ihr euch bei dieser konkreten Landtagswahl entscheiden? Wie ist das und wie geht das: wählen gehen? Zur Wahl stehen dieselben Parteien wie bei der echten Landtagswahl und die tatsächlichen Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkreis.

Bereits seit Januar ist Gerit Geisbüsch, Lehrer für Sozialwissenschaften und Gesellschaftslehre, mit der Vorbereitung der Juniorwahl beschäftigt. Nach den Osterferien beginnt in den Klassen und Kursen der Theorieteil rund um Wahlsystem, Demokratie, Landtag und Parteien. Anstelle einer Klausur steht für die Schülerinnen und Schüler am Ende der Wahlakt.

Für Geisbüsch war klar, dass seine Schule wieder dabei sein soll. Es ist nach den Juniorwahlen zur Landtagswahl 2017 und zur Bundestagswahl im vergangenen Herbst die dritte an der Gesamtschule Holweide in Köln. Wer selbst in der Corona-Pandemie ein relevantes Stundenkontingent des wertvollen Präsenzunterrichts für die Juniorwahl zur Verfügung stellt, ist Überzeugungstäter. Zu Demokratie zu erziehen, für Demokratie zu begeistern, das sei ein fächerübergreifender Bildungsauftrag, meint der Lehrer. So schafft er es, auch Kolleginnen und Kollegen anderer Fachrichtungen zu überzeugen, Unterrichtszeit für die Juniorwahl zu nutzen und den Jugendlichen den Wahlakt zu ermöglichen. Demokratie hautnah kennenzulernen, sei etwas anderes, als sich nur theoretisch damit zu beschäftigen. „Bei vielen ist es bis zur ersten echten Wahl nur ein bis drei Jahre hin“, sagt Geisbüsch. Einen Wahlakt vorher mitgemacht zu haben, nehme denjenigen Hemmungen, die gar nicht wüssten, ob sie dem gewachsen seien. Schließlich soll niemand aus Unsicherheit an einem echten Wahltag zu Hause bleiben.

## Drei Wahlen fürs Leben

Tatsächlich sei wissenschaftlich belegt, dass Menschen, die an den ersten drei Wahlen ihres Lebens teilgenommen hätten, ein Leben lang von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, erklärt Gerald Wolff vom Verein Kumulus e. V., Organisator der Juniorwahl. Wenn die Juniorwahl bereits eine oder zwei Wahlen von den kritischen dreien abdecken könne – umso besser. Und die Effekte gingen über die Jugendlichen

hinaus: Wenn Schülerinnen und Schüler an der Juniorwahl teilnehmen, dann steige auch die Wahlbeteiligung ihrer Eltern um bis zu 9 Prozent. Gerade in sozial benachteiligten Familien mache sich dies bemerkbar, sagt Wolff.

An der Gesamtschule in Köln-Holweide lernen nicht nur Kinder und Jugendliche aus bildungsnahen Elternhäusern. Im Gegenteil ist das Einzugsgebiet sehr gemischt. Auch in diesem Jahr wird es wieder spannend. Weil 1.650 Schülerinnen und Schüler aus den Jahrgangsstufen 7 bis 12 für die Juniorwahl angemeldet sind, reicht ein Wahltag nicht aus. Stattdessen wird in einer ganzen Wahlwoche der demokratische Akt täglich stattfinden und die Stimmung in der Schule prägen. Wo sonst die Spieleausleihe der Schule ist, befindet sich dann der Wahlraum. Mit besonderer Begeisterung sind die Wahlhelferinnen und -helfer dabei. Sie empfangen die Jugendlichen, prüfen deren Wahlberechtigung, haben Wahlkabinen aufgestellt und wachen über die Wahlurne.

Trotz digitalen Zeitalters hat sich die Online-Wahl nicht durchgesetzt, berichtet

Vom Klassenraum ins Wahllokal: alles unter einem Dach.



Gerit Geisbüsch, Lehrer für Sozialwissenschaften und Gesellschaftslehre in Köln. Foto: privat

Juniorwahl-Organisator Wolff. Von 4.500 teilnehmenden Schulen bei der Juniorwahl zur Bundestagswahl hätten sich zuletzt nur elf für die Online-Variante entschieden, die seitdem nicht mehr angeboten wird. Auch Lehrer Geisbüsch hält das realistische Setting für wesentlich. Der Wahlakt werde lebensnah simuliert, diese praktische Erfahrung mache Eindruck. Auch die Vorbereitung umfasst nicht nur Theorie, sondern daneben begleitende Veranstaltungen. So will die Schule wie bereits bei der Bundestagswahl eine Podiumsdiskussion mit Kandidierenden im Wahlkreis organisieren.

Den Termin – oder die Zeitspanne – für die Juniorwahl dürfen die Schulen selbst bestimmen. Die Wahl muss aber in den letzten zwei Wochen vor der echten Landtagswahl geschehen. Damit es keine beeinflussenden





# Langzeitwirkung



Vom Mitschüler zum Wahlhelfer: Prüfen der Wahlberechtigung.



Vom Pult zur Wahlkabine: geheime Stimmabgabe der Erst- und Zweitstimme.



Von der Schülerin zur Wählerin: Juniorwahlen wirken nachhaltig.

Effekte gibt, wird das Ergebnis der Juniorwahl erst veröffentlicht, wenn am 15. Mai um 18 Uhr die Wahllokale der echten Landtagswahl geschlossen sind und keine Stimme mehr abgegeben werden kann. Bei Lehrer Geisbüsch gehen erfahrungsgemäß schon vorher die ersten digitalen Nachfragen von Schülerinnen und Schülern ein: Wie ist die Juniorwahl ausgegangen?

## Effekte

Ganz egal, wie die Jugendlichen gewählt haben: Bestimmte Effekte seien klar auszumachen, sagt Organisator Wolff und verweist erneut auf wissenschaftliche Studien. Die Juniorwahl wirke nachhaltig und stärke die parlamentarische Demokratie. Das Vertrauen ins Wahlsystem steige,

und Wählen werde als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Vor allem an nicht-gymnasialen Schulformen sei dieser Effekt deutlich. Die Juniorwahl führe nicht zu politischer Verortung, sondern zu mehr Kenntnissen über das Wahlsystem, über Parteien und Inhalte. Auch die Kompetenz, sich relevante Informationen zu beschaffen, nehme zu. Gesamtschullehrer Geisbüsch bestätigt aus der Praxis, dass sich die Jugendlichen, die an Juniorwahlen teilgenommen hätten, intensiver mit politischen Inhalten beschäftigten.

Wie im echten Leben sei das Interesse unter den Jugendlichen unterschiedlich groß. Die einen seien sich des Privilegs, wählen zu dürfen, bewusst, seien auch aufgeregt am großen Wahltag. Andere berühre das weniger. Alle bereiten sich auf die Juniorwahl vor, aber anders als

der vorbereitende Unterricht sei der Wahlakt freiwillig – ebenfalls wie bei der echten Wahl.

Einige Kölner Jugendliche an der Gesamtschule Holweide werden bei der Juniorwahl zur Landtagswahl 2022 bereits zum dritten Mal gewählt haben. Die Chancen stehen gut, dass sie auch bei der nächsten Wahl dabei sein werden – dann als regulär Wahlberechtigte. Ein Stück weit dabei sind in diesem Jahr bei der Landtagswahl bereits einige Jugendliche aus dem Leistungskurs Sozialwissenschaften. Gemeinsam mit ihrem Lehrer Gerit Geisbüsch werden sie als Wahlhelfer im Briefwahlzentrum Köln arbeiten. Die Aufwandsentschädigung fließt in die Klassenkasse. *sow*

Fotos: © Juniorwahl 2022



## Zum Thema

Schirmherr der Juniorwahl zur Landtagswahl 2022 ist der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper. Der Landtag finanziert die Juniorwahl in NRW gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung.

Mit 772 teilnehmenden Schulen an der NRW-Juniorwahl im Mai ist das Interesse in der Schullandschaft noch größer als bei der zurückliegenden Bundestagswahl, die ebenfalls als Juniorwahl stattgefunden hat.

Für Juniorwahlen im Lockdown gibt es eine Home-schooling-Variante.

Organisator ist der Verein Kumulus e. V. in Berlin. Seit 1999 organisiert er Juniorwahlen in ganz Deutschland. Mitgemacht haben bisher rund 5,3 Millionen Jugendliche.

Die Juniorwahl bildet die Schullandschaft ab. Es beteiligen sich Gesamtschulen, Realschulen, Hauptschulen und Gymnasien ebenso wie Berufskollegs, Sekundarschulen und Waldorfschulen bis hin zu Förderschulen. Unterrichtsmaterial gibt es nach Niveaustufen passend für alle mitmachenden Klassen und Kurse.

Weitere Informationen und später das Ergebnis gibt es unter [www.juniorwahl.de](http://www.juniorwahl.de).

# Die 17. Wahlperiode – ein Rückb

Wenige Wochen noch, dann ist die 17. Wahlperiode Geschichte. Landtag Intern lässt Zahlen erzählen: Wie oft kam das Plenum zusammen, wie viele Drucksachen wurden veröffentlicht? Wie viele Gesetze wurden verabschiedet? Wie viele Sachverständigenanhörungen standen auf den Tagesordnungen der Ausschüsse? Wie viele Frauen saßen in den Reihen der Abgeordneten, wie viele Männer? Um die Zahlen besser einordnen zu können, werden in einigen Fällen Daten aus der 16. Wahlperiode (2012–2017) genannt. Stichtag für die aktuellen Zahlen ist der 8. April 2022.

## 199

Dem Landtag gehörten in der 17. Wahlperiode 199 Abgeordnete an, allerdings nicht in stets gleicher Besetzung. 23 Abgeordnete sind aus unterschiedlichen Gründen ausgeschieden – zum Beispiel, weil sie nach der Kommunalwahl 2020 Ämter in Rathäusern oder Kreisverwaltungen übernahmen. Entsprechend rückten 23 Frauen und Männer nach, sodass dem Landtag alles in allem – wenn auch nicht zur selben Zeit – 222 Abgeordnete angehörten.

## 54

Zu Beginn der Wahlperiode waren von den 199 Abgeordneten 54 weiblich (27,1 Prozent). Der Anteil der Frauen stieg zum Ende der Wahlperiode, bedingt durch personelle Veränderungen, auf 30,7 Prozent. In der 16. Wahlperiode lag der Frauenanteil anfangs bei 29,5 und am Ende bei 30,4 Prozent.

## 170

170 Plenarsitzungen kamen zusammen, darunter waren 16 Sondersitzungen. Dabei wurden 2.340 Tagesordnungspunkte behandelt. Es gab 103 Aktuelle Stunden. In der 16. Wahlperiode waren es insgesamt 143 Plenarsitzungen.

## 75 und 29

Der älteste Abgeordnete ist aktuell 75, der jüngste 29 Jahre alt.

## 3

Drei Abgeordnete (alle AfD) haben in der 17. Wahlperiode ihre Fraktion verlassen – sie wurden fraktionslos.

# lick in Zahlen



# 17.013

Insgesamt 17.013 Drucksachen wurden verteilt.

# 1.751

Die Fach- und Unterausschüsse kamen auf 1.751 Sitzungen, darunter waren 510 Sachverständigenanhörungen. Die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse kamen auf 249, die Enquetekommissionen auf 135 Sitzungen (davon 28 Anhörungen).

# 4

Viele Glückwünsche sprach Landtagspräsident André Kuper stets am 10. Februar, 14. März und 13. Mai aus – an diesen Tagen haben jeweils vier Abgeordnete Geburtstag. Die Statistik nennt zudem 31 Doppel- und 8 Dreifachgeburtstage.



# 243

243 Gesetze wurden verabschiedet (16. Wahlperiode: 244).

# 5

Jeweils 5 Enquetekommissionen und Parlamentarische Untersuchungsausschüsse wurden eingesetzt.

# 14

Köln war die Stadt mit den meisten Abgeordneten (14), gefolgt von Düsseldorf (12).

# Kunstpremiere – Pia Krajewski gewinnt

21. März 2022 – Sie sei „sprachlos und überrascht“ – mit diesen Worten reagierte die sichtbar gerührte Künstlerin Pia Krajewski auf die Nachricht, dass sie die erste Preisträgerin des „Kunstpreises des Landtags Nordrhein-Westfalen“ ist. Präsident André Kuper gratulierte der Siegerin und übergab ihr die Urkunde sowie den mit 15.000 Euro dotierten Förderpreis.



Die Jury-Mitglieder (v.l.) Prof. Yasmil Raymond, Dr. Christiane Hoffmanns und Carina Gödecke, Vizepräsidentin des Landtags, im Gespräch mit dem Moderator der Preisverleihung, dem Journalisten Andreas Dörnfelder. Fotos: Zanin



Der Präsident des Landtags, André Kuper, hatte den Kunstpreis 2021 ins Leben gerufen.

Die 1990 in Köln geborene Meisterschülerin der Kunstakademie Düsseldorf hatte die Jury des Kunstpreises mit ihrem 2,30 mal 4,50 Meter großen Ölgemälde „o. T. (Vorsitzende)“ überzeugt. Sie setzte sich unter insgesamt 122 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch. Ihr Werk sowie die Werke der 19 weiteren Finalistinnen und Finalisten zeigte der Landtag mehrere Wochen lang in einer Ausstellung.

Die Jury urteilte über das Werk der Preisträgerin: „Pia Krajewskis Arbeit verfolgt einen feministischen Ansatz. Mit malerischen Mitteln wird ein abstraktes Ideal einer weiblichen Führungspersonlichkeit entworfen. Formal entspricht die monumentale Größe der Arbeit einer traditionell staatstragenden Historiendarstellung und setzt somit ein deutliches Statement bezüglich eines repräsentativen Anspruchs. Formfindung und Bildaufbau des Motivs hingegen verweisen auf archaisch-amorphe Stilelemente, die natürlich gewachsenen Strukturen entlehnt sind. Die monochrome Tonalität der Arbeit bedient Assoziationen an erd- und

naturverbundene Gesellschaften prähistorischer Epochen. Formaler Aufbau und inhaltliche Aussage bestärken sich gegenseitig in konsequenter, überzeugender Umsetzung.“

## „Neue Blickwinkel“

Die Preisverleihung fand coronabedingt in kleinerem Rahmen im Landtag statt und wurde live im Internet übertragen. Der Präsident sagte in seiner Rede: „Wir leben in Zeiten, in denen neue Blickwinkel dringend benötigt werden, vielleicht mehr als jemals zuvor. Kunst und Politik stehen in einem unsichtbaren, nicht ausgesprochenen Verhältnis zueinander. Der Blick in unsere eigene Geschichte zeigt: Wo die Kunstfreiheit, die Freiheit auch des Wortes und der Kultur unterdrückt wurden, da wurden auch Menschen unterdrückt. Kunst in einer Demokratie ist auch Ausdruck jener Freiheit, der sich die Kunst selber verdankt. In den vergangenen zwei Jahren sind jungen Künstlerinnen und Künstlern zusätzliche Bürden auferlegt

worden auf einem ohnehin nicht gerade einfachen beruflichen Weg. Mit dem Kunstpreis des Landtags Nordrhein-Westfalen setzen wir ein Zeichen für die Unverzichtbarkeit der Kunst und für junge Menschen, die sich dieser gesellschaftlichen Aufgabe verschrieben haben.“

Der Präsident hatte den Preis für Nachwuchskünstlerinnen und Nachwuchskünstler im vergangenen Jahr aus Anlass des 75-jährigen Bestehens des Parlaments ins Leben gerufen. Eine unabhängige Jury aus Kunst und Politik bewertete die Beiträge aus allen Bereichen der bildenden Kunst.

Im Landtag ist seit dem Gründungsjahr 1946 eine Kunstsammlung entstanden, die mittlerweile mehr als 800 Exponate von internationaler Bedeutung umfasst. Schwerpunkt sind Künstlerinnen und Künstler mit Bezug zu Nordrhein-Westfalen. Im und am Landtag sind Werke u. a. von Otto Piene, Ferdinand Kriwet, Günther Uecker, Jörg Immendorff, Prof. Gottfried Graubner, Heinz Mack, George Rickey und Dani Karavan zu sehen.

red

# nt ersten Nachwuchspreis des Landtags

KUNST  
PREIS  
DES LANDTAGES  
NORDR  
WESTF



Präsident Kuper und die Siegerin Pia Krajewski vor dem Ölgemälde „o.T. (Vorsitzende)“.

## Die Jury des Kunstpreises

- Prof. Bogomir Ecker, Bildhauer und Objektkünstler, Düsseldorf
- Dr. Andrea Firmenich, Generalsekretärin der Kunststiftung Nordrhein-Westfalen
- Dr. Christiane Hoffmans, Kulturredakteurin der „Welt am Sonntag“
- Prof. Yasmil Raymond, Rektorin der Hochschule für Bildende Künste Städelchule
- Dr. Marcel Schumacher, Leitung und Kurator des Kunsthauses NRW Kornelimünster
- André Kuper, Präsident des Landtags
- Carina Gödecke, Vizepräsidentin des Landtags
- Angela Freimuth, Vizepräsidentin des Landtags
- Oliver Keymis, Vizepräsident des Landtags

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz über die Gewährung einer einmaligen Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes** | [17/16322](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 23. März 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2022 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen** | [17/16323](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 23. März 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Anpassung der Alimentation von Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften** | [17/16324](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 23. März 2022 | verabschiedet

**Gesetz über die Transparenz der Finanzierung kommunaler Wählergruppen (Wählergruppentransparenzgesetz – WählGTranspG)** | [17/15264](#), [17/16789](#) | CDU und FDP | 2. Lesung am 23. März 2022 | verabschiedet

**Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen** | [17/16756](#) | SPD und Grüne | 1. Lesung am 23. März 2022 | abgelehnt

**Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG)** – | [17/14280](#) | CDU und FDP | 2. Lesung am 23. März 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Inklusionsgrundsatzgesetzes Nordrhein-Westfalen (IGG NRW) – Stärkung der Beschlüsse des Inklusionsbeirates** | [17/16697](#) | CDU, SPD, FDP, Grüne | 1. und 2. Lesung am 23. März 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig – Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere“** | [17/16529](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 23. März 2022 | verabschiedet

**Viertes Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes NRW** | [17/16444](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 23. März 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Modernisierung des Landwirtschaftskammerrechts** | [17/16256](#), [17/16727](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 23. März 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen** | [17/4115](#) | SPD | 2. Lesung am 24. März 2022 | abgelehnt

**Zweites Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes** | [17/15477](#), [17/16794](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. März 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des SodEG-Ausführungsgesetzes** | [17/16775](#) | CDU und FDP | 1. und 2. Lesung am 24. März 2022 | verabschiedet

**Drittes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes** | [17/16445](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. März 2022 | verabschiedet

**Gesetz über die Beauftragte oder den Beauftragten für den Opferschutz des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/16383](#), [17/16931](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. April 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen** | [17/15188](#) (Neudruck), [17/16994](#), [17/16996](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. April 2022 | verabschiedet

**Viertes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/15517](#) (Neudruck), [17/16934](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. April 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen** | [17/15940](#) (Neudruck), [17/16935](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. April 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Novellierung der nordrhein-westfälischen Landesjustizvollzugsgesetze** | [17/15234](#), [17/16936](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. April 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Umsetzung des Rechtssatzvorbehalts bei dienstlichen Beurteilungen in der Justiz** | [17/16487](#) | CDU und FDP | 2. Lesung am 5. April 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze an das Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz** | [17/16517](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. April 2022 | verabschiedet

**Gesetz zu dem Sechsten Änderungsvertrag zum Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein – Körperschaft des öffentlichen Rechts – , dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von**

**Westfalen-Lippe – Körperschaft des öffentlichen Rechts , der Synagogen-Gemeinde Köln – Körperschaft des öffentlichen Rechts – und dem Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen e. V.** | [17/16802](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. April 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Auflösung des Paderborner Studienfonds** | [17/16728](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. April 2022 | verabschiedet

**Landeskinderschutzgesetz NRW und Änderung des Kinderbildungsgesetzes** | [17/16232](#) (Neudruck), [17/16997](#), [17/17003](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. April 2022 | verabschiedet

**Nordrhein-westfälisches Denkmalschutzgesetz** | [17/16518](#), [17/16999](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. April 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften** | [17/16295](#), [17/16949](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. April 2022 | verabschiedet

**Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen** | [17/8722](#) (Neudruck) | Grüne | 2. Lesung am 6. April 2022 | abgelehnt

**Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts und zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten** | [17/16317](#), [17/17002](#) (2. Neudruck), [17/17019](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. April 2022 | verabschiedet

**Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen** | [17/16553](#), [17/16955](#) | CDU und FDP | 2. Lesung am 6. April 2022 | verabschiedet

## Diskontinuität

Vorlagen, die mit Abschluss der Wahlperiode noch nicht zu Ende beraten sind, gelten als erledigt. Sinn dieser Regelung ist es, die neu gewählten Abgeordneten nicht an Entscheidungen ihrer Vorgänger zu binden. Ein nicht mehr erledigtes Gesetz zum Beispiel muss also neu eingebracht werden. In der 17. Wahlperiode betrifft dies zwei Gesetzentwürfe:

**Gesetz zur Änderung des Ruhrverbandsgesetzes** ([17/16552](#); CDU und FDP) sowie **Gesetz zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz und zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption** ([17/13070](#); SPD)

# Porträt: Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD)



Foto: Susie Knoll

An ein Leben ohne Politik kann sich Eva-Maria Voigt-Küppers nicht erinnern: „Schon als ich ein kleines Mädchen war, wurde beim Abendbrot über politische Themen diskutiert“, erzählt die 63-jährige SPD-Politikerin, die in Rheine geboren wurde und gemeinsam mit ihrer alleinerziehenden Mutter und ihren Großeltern in Würselen aufwuchs. „Meine Mutter war eine engagierte Gewerkschafterin, soziale Ungerechtigkeit hat sie immer fürchterlich aufgeregt.“

So war Eva-Maria Voigt-Küppers nicht nur die Politik, sondern auch die Partei ein Stück weit in die Wiege gelegt: „Als ich selbst begann, mich zu engagieren, war klar, dass ich in die SPD eintrete“, sagt sie. Es war die Zeit von Willy Brandt und seinem Credo „mehr Demokratie wagen“, die Voigt-Küppers prägte: „Das war eine sehr politisierte Zeit damals und ich hatte Glück, an einer Schule zu sein, die sehr viel Wert auf Mitwirkung legte.“

Voigt-Küppers engagierte sich in der Vertretung der Schülerinnen und Schüler, später in Elterninitiativen, stieg bei den Jusos bis in den Landesvorstand auf. „Da ergab sich meist das eine aus dem anderen: Wir hatten einen ziemlich verrotteten Spielplatz in der Nachbarschaft, also habe ich mich in einer Elterninitiative dafür eingesetzt, dass er saniert wird“, erzählt die SPD-Politikerin. „Danach kamen viele auf mich zu und sagten: Du kennst die Lebenswelt von Familien und weißt um ihre Probleme – setz dich doch für sie in der Kommunalpolitik ein.“

Was sie stets begleitete, politisch wie privat: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als Mutter von vier Kindern lebte sie gemeinsam mit ihrem Mann in Würselen bei Aachen, ver-

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD). Die 63-jährige staatlich anerkannte Erzieherin ist u. a. Mitglied in den Ausschüssen für Familie, Kinder und Jugend sowie Schule und Bildung.

suchte zunächst auch ihr Studium der Germanistik und Sozialwissenschaften und das politische Engagement weiterzuführen.

Als das nicht mehr ging, entschied Voigt-Küppers sich, das Studium abzubrechen, mehr für ihre Kinder da zu sein – Ganztagsbetreuung habe es in den 1980er-Jahren noch kaum gegeben: „Wir wohnten sehr ländlich, alles war übersichtlich, beschaulich. Der Preis für dieses Idyll war aber ein Rollenbild ohne Gleichberechtigung. Ich musste zu Hause bleiben.“ Erst mit Mitte 30 begann sie eine Ausbildung zur Erzieherin. Als sie die gerade abgeschlossen hatte, starb ihr Mann an einer Hirnblutung. „Ich war nun allein verantwortlich für vier Kinder und für das Einkommen. Den Wert einer guten Familienpolitik habe ich damals am eigenen Leib erfahren.“

Seither ist gute Betreuung und Bildung von Kindern für die SPD-Politikerin ein Lebensthema: Als Kommunalpolitikerin habe sie für die Einführung des Offenen Ganztags gekämpft, auf Landesebene wolle sie den verbessern und für alle Kinder möglich machen: „Wichtig ist, dass die Kinder dort nicht nur betreut, sondern auch gebildet werden“, sagt Voigt-Küppers. Bei der Kleinkind-Betreuung sei dort schon einiges geschehen: „Wir haben heute keine Kindergärten mehr, sondern Kindertagesstätten, in denen klar ist: Die Kinder müssen nicht nur versorgt, sondern auch gefördert werden.“

## „Chancen für Familien“

Auch hier verbinden sich in ihrem Leben Politisches und Privates: Sie selbst habe als Erzieherin gesehen, welche Chancen eine gute Kinderbetreuung Familien ermöglicht. „Ich habe lange in der Heimerziehung gearbeitet und gesehen: Es könnte diesen Kindern besser gehen, wenn die Rahmenbedingungen bessere wären.“

Und die nächste Generation, die von ihrer politischen Arbeit profitiert, gibt es in der Familie auch schon: Voigt-Küppers ist Großmutter von vier Enkeln, um die sie sich in ihrer Freizeit gerne kümmert. „Meine Kinder wohnen nicht weit entfernt und ich freue mich immer, wenn sie spontan vorbeikommen, wir alle zusammen Zeit verbringen.“

Der Politikbetrieb ist aus ihrer Sicht zumindest etwas familienfreundlicher geworden: Lange Sitzungen in den Abendstunden, die sie

als junge Frau noch viel erlebte, werden seltener. „Da hat uns die Pandemie ein bisschen geholfen: Plötzlich sind Videokonferenzen von zu Hause möglich, Homeoffice wird selbstverständlicher – das kommt auch der Politik zugute“, sagt sie.

Wenn sie sich gerade nicht um Familienpolitik kümmert, fährt Voigt-Küppers gerne Fahrrad, liest oder geht wandern. Doch wenn es nach ihr geht, bleibt dafür auch in den kommenden fünf Jahren wenig Zeit: Im Mai kandidiert sie erneut für ein Landtagsmandat. *Maïke von Galen*

## Zur Person

Eva-Maria Voigt-Küppers wurde in Rheine geboren. Sie ist verheiratet und hat vier Kinder. Nach dem Abitur 1977 studierte sie zunächst Germanistik und Sozialwissenschaften an der RWTH Aachen, arbeitete als Dozentin an der VHS Würselen und war freie Mitarbeiterin einer Tageszeitung. Seit 1998 ist sie staatlich anerkannte Erzieherin. 1974 trat sie in die SPD ein und war von 1984 bis 1988 Mitglied des Landesvorstands der NRW-Jusos. Sie ist Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstands Kreis Aachen, seit 2010 stellvertretende Vorsitzende. Voigt-Küppers war bereits vom 9. Juni 2010 bis 14. März 2012 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Am 31. Mai 2012 zog sie erneut ins Landesparlament ein.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Ich lese gern und viel, deshalb ist die Frage schwer zu beantworten. Sehr viel nachgedacht in der letzten Zeit habe ich aber über „Über Menschen“ von Juli Zeh.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Alles, was gute Laune macht.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Jungen Gouda, rohen Schinken, aber auch vegane Brotaufstriche.

### Ihr liebstes Reiseziel?

Einmal im Jahr fahren wir mit allen Kindern und Enkeln zusammen zum Skiurlaub nach Südtirol. Das ist eine besondere Zeit im Jahr, auf die wir uns immer lange freuen. Ich liebe aber auch das Meer.

## Kurz notiert

### Besuch aus Sachsen-Anhalt

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 15. März 2022 seinen Amtskollegen aus Sachsen-Anhalt, Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger, empfangen. Themen des Arbeitsgesprächs waren u. a. die aktuellen Herausforderungen für die Parlamente, die Rolle der Landespolitik in der Pandemie und die Aufgaben aufgrund des Krieges in der Ukraine. Kuper betonte: „Die Parlamente der Länder sind wichtige Stabilisatoren der Demokratie in unserem Land und haben eine zentrale Funktion für die Beratung aktueller politischer Themen. Die Landtage von Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen haben sich in Plenarsitzungen mit der Lage in der Ukraine befasst. Wir verurteilen den Angriff Putins. Die Abgeordneten und die Bürger der Bundesländer stehen an der Seite des ukrainischen Volkes.“ Im Anschluss nahm Dr. Gunnar Schellenberger am Parlamentsgespräch zum Thema „Wie viel Satire verträgt die Demokratie?“ teil. Mehr zum Parlamentsgespräch lesen Sie auf S. 22.

### Osterprogramm

Der Landtag lädt Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren und ihre Eltern sowie organisierte Ferienfreizeiten zu einem Sonderprogramm in den Osterferien ein. Bei „Landtag macht Schule – Ferien im Parlament“ erkunden die Gäste zwei Stunden lang gemeinsam mit Landtagsseule Helene das Parlamentsgebäude, erfahren, wie hier Politik gemacht wird, und können im Plenarsaal das Wort ergreifen. Die Eltern dürfen zuschauen oder an einer Führung teilnehmen. Termine werden angeboten vom 11. bis 14. April und vom 19. bis 22. April, jeweils von 10.30 bis 12.30 Uhr oder von 14 bis 16 Uhr. Auch Gruppen dürfen sich gerne anmelden. Die Kinder und ihre Eltern werden während des Programms zu einem Imbiss eingeladen. Anmeldung und weitere Informationen beim Besucherdienst des Landtags: [besucherdienst@landtag.nrw.de](mailto:besucherdienst@landtag.nrw.de)

### Gestorben

- 19.2. Gerhard Wächter (CDU/75)  
MdL 1990–2002
- 20.3. Eva Heidemann (CDU/88)  
MdL 1992–1995 und 1999–2000

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint nach der Landtagswahl, voraussichtlich am 24. Mai 2022.



## Abschied

Die beiden langjährigen Präsidiumsmitglieder, Vizepräsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Oliver Keymis, sagen dem Landtag Adieu: Die SPD-Abgeordnete und der Grünen-Abgeordnete kandidieren nicht erneut bei der Landtagswahl im Mai. Die Bochumerin Carina Gödecke gehört dem Landtag seit 27 Jahren (seit 1995) und dem Präsidium seit 2010 an. In der 16. Legislaturperiode (2012 bis 2017) war sie Präsidentin des Landtags. Der in Meerbusch lebende Oliver Keymis ist seit 2000 Mitglied des Landesparlaments und seit 2006 Vizepräsident des Landtags. Die beiden Vizepräsidenten sind zudem eng verbunden mit dem internationalen Austausch des Landtags: Gödecke leitet die Parlamentariergruppe NRW-Türkei, Keymis ist Vorsitzender der Parlamentariergruppe NRW-Frankreich. Foto: Schäle